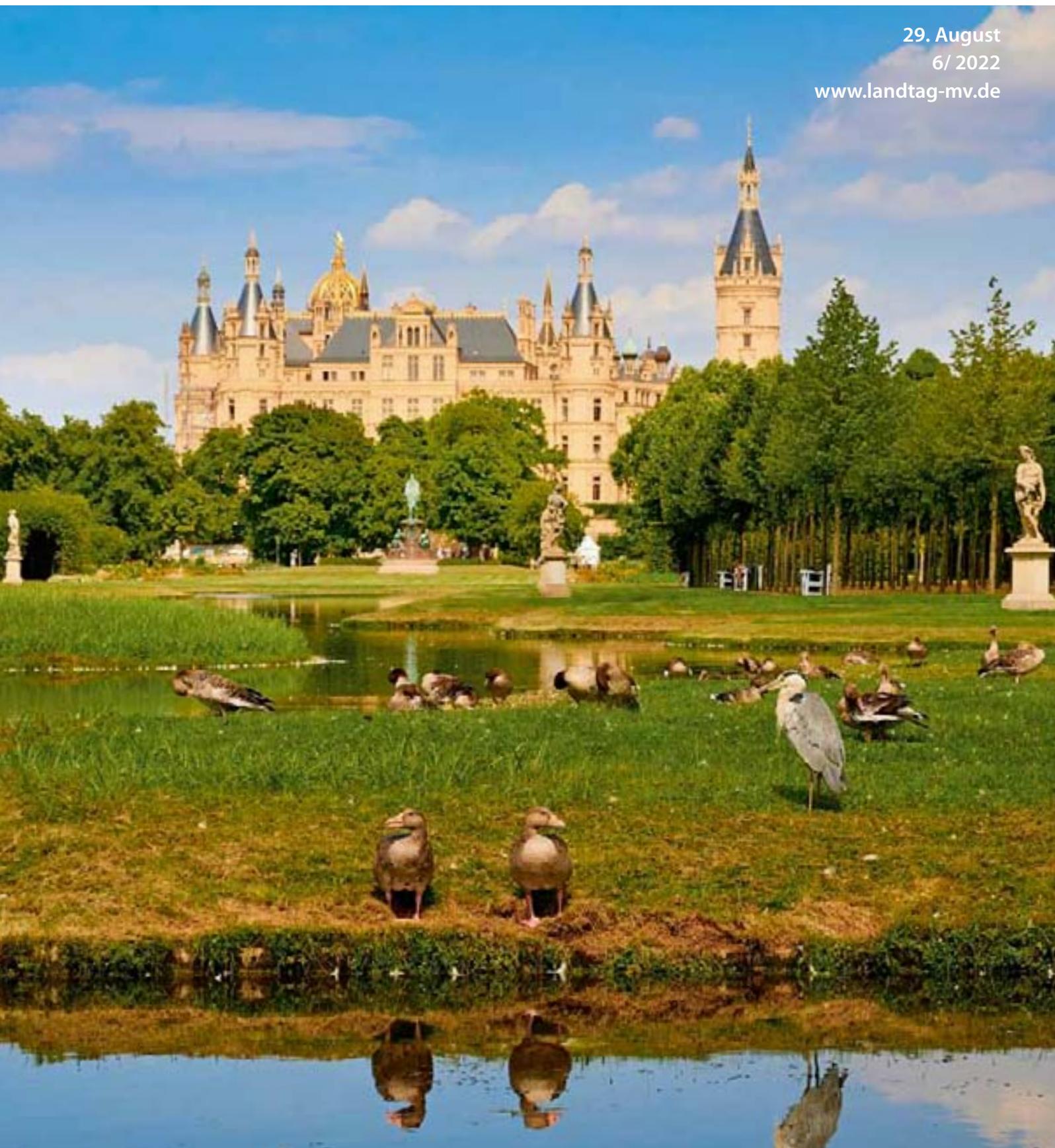


29. August

6/2022

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Aktuelle Stunde: Sozialen Schutzschirm spannen +++ Doppelhaushalt 2022/2023 +++ Bekenntnis zum Marine-  
schiffbau +++ „Land|Retter“ wollen landesweit retten +++ Frauentag – ein Feiertag für alle +++ Eine Adresse für  
Beschwerden – Der Petitionsausschuss +++ Serie: Wege ins Schloss – Schlossführungen



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	AUS DEM PLENUM Aktuelle Stunde	“Sozialen Schutzschirm spannen: Übergewinne abschöpfen – Einwohnerinnen und Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns wirksam entlasten” (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE)
4-12	Auszüge aus der Originaldebatte	Torsten Koplin (DIE LINKE), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Horst Förster (AfD), Daniel Peters (CDU), Julian Barlen (SPD), Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), René Domke (FDP)
13-25	Berichte	Grünes Licht für Doppelhaushalt 2022/2023 Bildungshaushalt ermöglicht mehr Lehrer und Erzieher Bekennnis zum Marineschiffbau Achtung Wildtiere „Land Retter“ wollen landesweit retten Effizienzkur für den ÖPNV Frauentag – ein Feiertag für alle
26-28	Meldungen	Aufbaufonds für die Ukraine Neue Repräsentanten für das Landesverfassungsgericht Neuer Vizepräsident des Landesrechnungshofs Mehr Ferienhort ab Sommer 2022 Neues Verfahren bei Kita-Finanzierung
29	Gesetzgebung	
30-34	Aus den Ausschüssen	2. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss 3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Eine Adresse für Beschwerden – Der Petitionsausschuss Beteiligungsprozess – #mitmischenMV
35-43	Panorama	Serie: Wege ins Schloss – Schlossführungen Neugierige stiegen Landtag aufs Dach Bürger im Dialog mit Politikerinnen und Politikern
44	Chronik	

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Anna-Maria Leistner  
 Referatsleiter: Julien Radloff

**Layout:** Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen ist stellenweise nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.  
 Redaktionsschluss: 19.08.2022



Torsten Koplin (DIE LINKE) während der „Aktuellen Stunde“ am Rednerpult

## Hilfe für die Menschen in der Krise

Debatte über Übergewinnsteuer zur Krisenbewältigung

■ Eine von der Fraktion DIE LINKE beantragte „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Sozialen Schutzschirm spannen: Übergewinne abschöpfen, Einwohnerinnen und Einwohner Mecklenburg-Vorpommerns wirksam entlasten“ wurde für den zweiten Tag der Juni-Sitzungswoche, anberaumt. Dem Antragsteller ging es um den parlamentarischen Austausch zu den gegenwärtigen Entwicklungen. Einerseits gebe es in allen Lebensbereichen Preissteigerungen und andererseits Spitzengewinne bei den Mineralölkonzernen.

Hierdurch sah **Torsten Koplin** (DIE LINKE) den sozialen Frieden in Gefahr. Vorschläge für Entlastungen der Bürger zielten vorwiegend auf die Öffentliche Hand, „während diejenigen, die in der gegenwärtigen Situation deutlich Übergewinne erreichen, ungeschoren blieben“. In Zusammenarbeit mit dem Bund würde er gern sehen, dass Entlastungen, Regulierungen und Besteuerungen gezielt angegangen würden.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) bestätigte, dass die Preisentwicklung das vordergründige Thema in allen Bürgergesprächen sei. Gemeinsam mit dem Bund werde die Landesregierung für eine stabile Energieversorgung, bezahlbare Preise und Entlastungsmaßnahmen sorgen. Hinsichtlich Spekulationen mit Öl und Energie hat

die Ministerpräsidentenkonferenz die Bundesregierung gebeten, rechtliche Schritte dagegen zu prüfen. Es sei nicht gerecht, dass die Bürger und „der Klein- und Mittelstand die Zeche zahlt und die großen Konzerne in so einer Krise Übergewinne [...] abschöpfen“.

**Horst Förster** (AfD) zeigte sich überzeugt, dass eine Übergewinnsteuer weder funktioniert noch rechtlich umsetzbar sei. Es bestünden aufgrund des Gleichheitsgrundsatzes „erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken“. Es existiere keine sachliche und nachvollziehbare Begründung für eine ungleiche Besteuerung „gleichgeordneter Einkünfte“. Eine moralische Bewertung von Einkünften spiele im Ertragssteuerrecht „überhaupt keine Rolle“. Er ginge jede Wette ein, dass dieses Vorhaben

vor dem Verfassungsgericht scheitern werde.

Die Diskussion führe am Thema vorbei, kritisierte **Daniel Peters** (CDU) die Regierungsfractionen. Sie suggerierten, dass die Übergewinnsteuer direkt zur Entlastung der Bürger führen würden. Auch er sehe das Problem der Einteilung in „gute“ und „schlechte“ wirtschaftliche Aktivitäten. Das könne nicht im Interesse von Politik sein. Dabei gebe es bereits eine Handhabe, denn Deutschland habe ein Kartellrecht. Dies „ist das Instrument, wenn es darum geht, Preisabsprachen und wirtschaftliche Kartelle zu bekämpfen.“

Fraktionsvorsitzender **Julian Barlen** (SPD) stellte unumwunden klar, dass die aktuelle Lage auf den Energiemärkten nach „der ordnenden Hand des Staates“

verlange. Es sei nicht hinnehmbar, wenn in dieser Krise spekuliert und der Profit maximiert werde, „während andere jeden Euro dreimal umdrehen“. Selbstverständlich müssten die Übergewinne „rechtssicher“ abgeschöpft werden und dann einer sinnvollen Verwendung dienen. Dafür brauche es vor allem politischen Willen, „und diesen Willen haben wir im Interesse der Menschen in unserem Bundesland“.

**Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fand es „völlig unakzeptabel“, wenn viele Menschen „nicht wissen, wie sie die nächste Mahlzeit auf den Tisch bringen sollen“, während einige sich „völlig kaltschnäuzig an Krieg und Krisen dumm und dämlich verdienen“. Es sei eine moralische Pflicht, „diesem Irrsinn Einhalt zu gebieten“. Leider gebe es bei der Umsetzung einer Übergewinn-

steuer „jede Menge komplexer Fragen“. Sie plädiere daher für weitere schnelle Entlastungspakete, die Verschärfung der Kartellregeln und den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien.

**René Domke** (FDP) wunderte sich, dass wenig zum sozialen Schutzschirm, aber viel zur Abschöpfung der Übergewinne gesagt wurde. Er warnte die Regierungskoalition: „Obacht! Das ist Populismus, was sie hier betreiben. Sie tun so, als ob die Übergewinnabschöpfung ein Allheilmittel für unsere Probleme im Land ist.“ Zweifelsfrei bestünde Eignigkeit in der Verurteilung, „wenn aus Krisen durch Preisabsprachen, Monopolstellung und fehlenden Wettbewerb Vorteile geschlagen werden“. Hierfür existiere das Kartellrecht. Trotz bestehender Vollzugsdefizite im Kartellrecht sei dies der geeignete Weg.

■ Torsten Koplín, DIE LINKE:

## „Die Übergewinnsteuer ist geeignetes Mittel.“

Foto: Uwe Sinnecker



Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit jedem Tag wird es dringlicher angesichts der inflationären Entwicklung, einen sozialen Schutzschirm zu spannen und für sozialen Zusammenhalt auch in Mecklenburg-Vorpommern zu sorgen [...] Während vor einigen Wochen und Monaten die Preisentwicklungen vor allen Dingen oder fast schon lediglich an den Zapfsäulen beziehungsweise in den Supermärkten erkennbar waren, ist die Situation mittlerweile so, dass die Inflation auf alle Lebensbereiche durchschlägt. Diejenigen, die dieser Tage Gas beziehen, haben einen Preisaufschlag von 100, circa 120 Prozent zu verkraften. Viele Mieterinnen und Mieter bekommen aktuell ihre Bescheide, zum einen Nachzahlungen, zum anderen eine Neufestsetzung

der Abschläge von Mietnebenkosten [...] Andererseits ist zu konstatieren, dass einige Konzerne in einigen Wirtschaftszweigen Party feiern, insbesondere die Mineralölkonzerne [...] Und die Rüstungsindustrie lässt auch die Sektkorken knallen.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Ich habe das Beispiel ja schon mal bemüht,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
33 Milliarden. –*

*Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

aber die Entwicklung wird immer deutlicher erkennbar: Rheinmetall vor der berühmt-berüchtigten Zeitenwende-Rede des Kanzlers,

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

ein Aktienkurs von 78 Euro, am Montag danach 143 Euro und vor zwei Tagen – ich habe mal nachgeschaut – 213 Euro und 20 Cent, also circa eine Verdreifachung der Aktionärsvermögen innerhalb von nur wenigen Wochen [...] Wir sind der Meinung, die Politik muss handeln. Ich finde, die Landespolitik Mecklenburg-Vorpommern handelt, insbesondere die MV-Koalition handelt vorbildlich.

*(Zurufe vonseiten der Fraktion der SPD: Oh! –  
Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...] Gleichwohl, die entscheidende Handlungskompetenz hat der Bund, und was da passieren muss, da sehen wir drei ganz konkrete Handlungserfordernisse:

Zum Ersten ist es notwendig, dass es gezielte Entlastungen gibt, gezielte Entlastungen, insbesondere für Arme und von Armut Bedrohte [...] Zweiter Punkt, den wir mit ansprechen wollen, ist das 9-Euro-Ticket. Das hat sich zu einem Renner entwickelt. Wir sind der Auffassung, es sollte eine Anschlussregelung geben denkbarerweise, weil das natürlich auch mächtig ins Geld geht, nicht 9-Euro-Ticket fortführen, aber 1 Euro pro Tag oder 365 Euro im Jahr. [...]

Ein weiterer Punkt, den wir ansprechen möchten, sind gezielte Regulierungen. Es bedarf Regulierungen, zum Beispiel der Verschärfung des Kartellrechts. [...] Als LINKE sprechen wir uns weiterhin dafür aus, die Strompreisaufsicht wieder zu installieren, weil man sich anschauen muss, wie sich Strompreise entwickeln und wo entsprechend Übergewinne erzielt werden, die nicht gerechtfertigt sind.

*(Am Rednerpult leuchtet die rote Lampe.)*

Zuletzt noch: Wir sind für eine gezielte Besteuerung [...]

**Präsidentin Birgit Hesse:** ... ich würde Sie bitten, ...

**Torsten Koplín, DIE LINKE:** Ich komme zum Schluss.

**Präsidentin Birgit Hesse:** ... jetzt den letzten Satz ...

**Torsten Koplín, DIE LINKE:** Die Übergewinnsteuer ...

**Präsidentin Birgit Hesse:** ... zu formulieren.

**Torsten Koplín, DIE LINKE:** ... ist aus unserer Sicht ein angemessenes Mittel, um Übergewinne abzuschöpfen. Dafür sprechen wir uns aus. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*



Constanze Oehlich und Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Mich bewegt dieses Thema sehr.“



Fotos: Uwe Sinnecker

[...] Mich bewegt dieses Thema sehr, weil ich natürlich weiß und die ganze Landesregierung mit Blick auf die Einkommenssituation in unserem Land weiß, dass es gerade bei uns viele Menschen sind, die kleine und mittlere Einkommen haben und die jeden Euro umdrehen [...] mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hat die Bundesregierung – und die Länder unterstützen das – entschieden, dass wir uns von russischem Öl und russischem Gas stärker unabhängig machen [...]. Und Bundes- und Landesregierung sind sich auch einig, dass wir dazu den Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen müssen.

Wie Sie wissen, setzen wir schon lange auf den Ausbau der erneuerbaren Energien. Und ich bin dem neuen Bundesenergieminister sehr dankbar, dass er ein Energiegesetzgebungspaket vorgelegt hat, was möglich macht, dass wir hier schneller vorankommen, denn in den letzten Jahren gab es Hemmnisse, zum Beispiel mit dem Offshorededeckel bei Windkraft auf See. Was Windkraft an Land angeht, haben wir bundesweit seit 2016 eine Regelung, wo wir auch Bürgerinnen und Bürger und Kommunen finanziell am Ertrag beteiligen können.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Wir haben vorgeschlagen, dass das auch bundesweit kommt [...].

Und die Landesregierung steht an der Seite der Bundesregierung und sucht händierend mit der Bundesregierung andere Alternativen, wie zum Beispiel Öl über Rostock [...] Außerdem prüfen wir derzeit mit Bundesregierung und Bundesnetzagentur, ob es möglich ist, LNG-Gas über Lubmin einzuspeisen. Mit den Pipelines von Nord Stream 1 und Nord Stream 2 ist ja ab Lubmin ein großes Verteilnetz über Ostdeutschland bis nach Tschechien gezogen worden, und dieses könnte genutzt werden für LNG-Gas. Auch hier arbeiten wir mit Hochdruck daran [...].

All das sind aktuelle Maßnahmen zur Energiestabilität, aber wir müssen klarmachen, dass, wenn man nicht mehr russisches Öl und Gas nutzt, denn diese Energieträger waren in der Vergangenheit preiswert, sind alle anderen Alternativen teurer, und deswegen werden die Preise steigen.

*(Daniel Peters, CDU:  
Kommen Sie auch noch mal zum Thema?)*

Und deswegen ist es richtig, dass wir mit der Bundesregierung auch ein großes Entlastungspaket geschnürt haben. Und das finanzieren Bund und Land gemeinsam.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Nee, die Bürger!)*

Wir haben zum Beispiel das Energiegeld [...] 300 Euro für jeden Berufstätigen, plus 100 Euro für die Kinder. Das bedeutet für zwei berufstätige Eltern und zwei Kinder immerhin 800 Euro. Es gibt weitere Entlastungen wie Heizkostenzuschuss, auch die EEG-Umlage zum 01.07. entfällt. Aber wir alle wissen, dass das nicht ausreichend ist. Und deswegen hat unser Land sich sehr frühzeitig eingesetzt dafür, dass es ein weiteres Entlastungspaket gibt. Uns reicht es nicht, denn vor allem wird ein großer Teil unserer Bevölkerung nicht berücksichtigt im Entlastungspaket, und das sind unsere Rentnerinnen und Rentner. Und deswegen setzt sich unser Land mit der Bereitschaft der Mitfinanzierung [...].

**Präsidentin Birgit Hesse:** *Frau Ministerpräsidentin!*

**Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:** [...] dafür ein, dass es auch ein Energiegeld für Rentnerinnen und Rentner gibt. Das ist sehr wichtig.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und Die LINKE)*

[...] Und in der Frage „Spekulation“ gebe ich den Kollegen der Linkspartei recht: Wir haben Spekulationen festgestellt, gerade beim Thema „Tankrabbat“, und deswegen gibt es einen MPK-Beschluss, länder- und parteiübergreifend, aller Ministerpräsidenten, wo die Bundesregierung gebeten wird, dass sie prüft, wie sie gegen Spekulationen rechtlich – gegen Spekulationen bei Gas, Öl und Strom – vorgeht [...] Und da gibt es jetzt verschiedene Vorschläge, wie man es machen kann. Ein Vorschlag ist eine Initiative aus Bremen, der wir uns angeschlossen haben, der Übergewinnsteuer. Wenn man nicht dafür ist, muss man zumindest, finde ich, einen Vorschlag bringen, wie wir verhindern können,

*(Zuruf von René Domke, FDP)*

dass große Mineralölkonzerne im Grunde in so einer Krise Übergewinne machen. Und es sind nicht nur die Bürgerinnen und Bürger, die pendeln, sondern es ist unser Klein- und Mittelstand, der diese Preise mitbezahlt. [...]

■ Horst Förster, AfD:

## „Explodierende Energiepreise gab es schon vor dem Ukraine-Krieg.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Explodierende Energiepreise gab es schon vor dem Ukraine-Krieg, doch jetzt wirken zusätzlich die Sanktionen.

Sie wirken dort, wo sie eigentlich wirken sollten, nämlich auf dem Schlachtfeld, überhaupt nicht.

Das ist eine bittere Wahrheit, die allerdings niemanden überraschen kann. Die Sanktionen wirken allerdings langfristig in Russland selbst, das technologisch aufgrund seiner Abhängigkeit vom Westen über Jahrzehnte zurückgeworfen wird, mit einer gravierenden Nebenwirkung auf die Umwelt.

Und sie wirken bei uns. Jetzt wird kräftig zurückgerudert. Kohlekraftwerke und schmutziges Fracking-Gas aus den USA kein Problem, trotz verheerender Umweltbilanz. Öl aus Russland über die Pipeline nach Schwedt, obwohl an sich völlig unverzichtbar, nur noch ein paar Monate, aber dafür nun wegen Verknappung viel teurer auf dem Umweg über Indien. [...]

Zurück zur Übergewinnsteuer: Sie ist keine Neuerfindung. Es gab sie in den USA und anderen Ländern, vor allem in Kriegs- und Nachkriegszeiten. Bei uns wurde sie aufgrund der Corona-Pandemie zum Thema.

Als Reaktion auf den Verdacht, dass Mineralölkonzerne den Tankrabbat nicht in vollem Umfang an die Verbraucher weitergeben, wurde sie jetzt zur politischen Forderung linker Parteien. Eine Übergewinnsteuer ließe sich allerdings grundsätzlich als eine besondere Tarifbestimmung beziehungsweise als ein besonderer Steuersatz in das bestehende Regime der Einkommen- und Körperschaftsteuer integrieren. Die Kompetenzgrundlage dafür ergibt sich aus Artikel 105 und 106 des Grundgesetzes.

Allerdings bestehen hier erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken. Diese ergeben sich insbesondere aus dem Gleichheitsgrundsatz gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes.

Danach ist wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln.

Dem Gesetzgeber sind nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Grenzen bei der Ausgestaltung der Einkommen- und Körperschaftsteuer gesetzt. Es gilt der Grundsatz der Steuergerechtigkeit, wonach die Steuerbelastung sich an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auszurichten hat. Hier geht es vor allem um den Grundsatz der horizontalen Steuergerechtigkeit, das heißt gleiche Besteuerung bei gleicher Leistungsfähigkeit.

Bei der Bestimmung des Steuersatzes hat der Gesetzgeber einen weiten Entscheidungsspielraum. Bei einer unterschiedlichen Besteuerung von Einkünften, die grundsätzlich gleichgeordnet sind, muss es aber für eine ungleiche Besteuerung eine sachliche und nachvollziehbare Begründung geben, und die gibt es eben nicht.

Hier wird damit argumentiert, dass Übergewinne einen Windfall-Profit, also einen leistungslosen Zuwachs, darstellen. Das liefert aber keinen Rechtfertigungsgrund im Sinne eines Lenkungs-, Vereinfachungs- und Missbrauchsvermeidungszwecks, denn es kann bei realistischer Einschätzung des Marktverhaltens nicht davon ausgegangen werden, dass die zusätzliche Besteuerung zu einer Verhaltensänderung der Unternehmen führen würde.

Die für die Besteuerung maßgebliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist völlig unabhängig davon, woraus sich ein Gewinn ergibt, oder anders formuliert, für das Ertragssteuerrecht spielt eine moralische Bewertung, woher die Mittel kommen, überhaupt keine Rolle.



Fraktion der AfD

■ Daniel Peters, CDU:

„Ich wäre dafür gewesen, wenn Sie die hohe Inflation zum Thema gemacht hätten.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! [...] Natürlich ist es nicht zu akzeptieren, wenn einige Unternehmen – und in diesem Fall ist der Anlass ja sozusagen die Situation an den Tankstellen, die möglichen Übergewinne der Mineralölkonzerne –, und natürlich ist das nicht korrekt, dass diese Krisensituation so schamlos ausgenutzt wird, wenn sie denn so tatsächlich ausgenutzt wird.

Und wir haben ein Instrument in Deutschland, das sich diesem Thema widmet, und das ist das Thema Kartellrecht. Und hier hat Minister Habeck – an der Stelle zu Recht, wie ich finde – angekündigt, über eine Verschärfung nachzudenken. Und dieses Kartellrecht ist das Instrument, wenn es darum geht, Preisabsprachen und wirtschaftliche Kartelle zu bekämpfen. [...]

Sie suggerieren, dass die Übergewinnsteuer automatisch dazu führen würde, dass die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden. Da gibt es doch keinen Automatismus!

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Das ist Ziel  
der Gewinnsteuerumverteilung.)

[...] Und im Kern müssen wir eben festhalten [...], dass das auch zu Ungleichbehandlungen zwischen den Branchen führt. Das könnte im Zweifel sogar zu Ungleichbehandlungen zwischen den Unternehmen einer Branche führen.

(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Richtig!)

[...] zudem [...] würde zukünftig staatlich festgelegt werden, was gute und was schlechte wirtschaftliche Aktivitäten sind. Ich glaube, das kann nicht im Interesse von Politik sein, zu-

mindest ist es nicht im Interesse unserer Politik, meine Damen und Herren. [...]

Also, lieber Herr Koplín, deswegen, ich bin ja bei Ihnen, wenn Sie hier ein Thema, ein Instrument einführen wollen, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, da haben Sie uns immer im Boot, aber das, was Sie hier darstellen, das ist eben keine korrekte Maßnahme.

ich wäre dafür gewesen, wenn Sie die hohe Inflation zum Thema gemacht hätten oder die hohen Energiepreise,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Da hab ich drüber gesprochen.)*

wie wir ein vernünftiges Energiemanagement hinlegen, dass wir vielleicht tatsächlich auch darüber reden – selbst Frau Schwesig hat es angesprochen –,

*(Daniel Seiffert, DIE LINKE:  
Haben wir doch schon.)*

über die Verlängerung von Atomkraftwerken, oder auch darüber reden, wie wir die Inflation bekämpfen oder wie wir die Bürgerinnen und Bürger hier in unserem Land tatsächlich entlasten,

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Dann sagen Sie das doch mal!)*

beispielsweise mit einer Pendlerpauschale von 40 Cent.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Auf Kosten der Öffentlichkeit.)*

Das sind doch die Dinge, die tatsächlich wirksam sind [...]

Und Sie hätten natürlich auch das Thema BioNTech zumindest nennen können. Frau Schwesig hat zwar gesagt, das seien unterschiedliche Sachverhalte, ich unterstelle, dass das Steuerrecht in der Situation beim Thema Übergewinn nicht so differenzieren kann, dass wir die politisch uns Wohlgesonnenen,

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Doch, kann man! Kann man!)*

die politisch uns Wohlgesonnenen verschonen und diejenigen, die der LINKEN einfach mal nicht passen, dass wir die besonders bestrafen.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Das habe ich vorhin gesagt  
bei den Investitionen.)*

[...] Und ich weiß nicht, ob das das koalitionsinterne Ziel war, dass Frau Schwesig hier noch eine Regierungserklärung halten durfte, [...] es ist einfach nicht redlich,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der CDU und FDP)*

hier dieses Thema, dieses konkrete Thema Übergewinnsteuer dafür auszunutzen, seine anderen politischen Botschaften hier zu senden.

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Vielleicht sollten  
Sie sich das Thema noch mal anschauen.)*

[...]

■ Julian Barlen, SPD:

„Angesichts der stark steigenden Preise ist soziale Verantwortung gefragt!“



Fotos: Uwe Sinnecker

[...] neben dem schlimmen Krieg in der Ukraine, neben unserem nach wie vor sehr innigen Wunsch nach sofortigem Frieden ist definitiv kein Thema drängender als die Sorgen der Menschen angesichts steigender Preise und sind dieser Tage keine Fragen relevanter als die Fragen nach Versorgungssicherheit, als die Fragen nach der Energiesouveränität unseres Landes.

Der bezahlbare Weg zur Arbeit, die selbstverständliche Nutzung des elektrischen Stroms, Heißwasser, das wohlige Heizen im Herbst, im Winter, der Wochenendeinkauf, egal, ob für die alleinstehende Rentnerin oder für die große Familie, diese Dinge müssen weiterhin bezahlbar bleiben.

Und deshalb machen die stark steigenden Preise uns allen sehr ernste Sorgen, und die aktuelle Lage auf den Energiemärkten [...], die verlangt [...] nach der ordnenden Hand des Staates.

Und hier ist die Politik auf allen Ebenen gefordert, aber eben auch die Innovationskraft der Wirtschaft, der Wissenschaft, und nicht zuletzt – auch das müssen wir sehr klar benennen –, es braucht die Mithilfe der Bürgerinnen und Bürger [...].

Schon lange aktiv hier im Land ist beispielsweise der Kri-

senstab mit der Arbeitsgruppe „Energie“, und die prioritären Aufgaben dieser Tage, die gilt es ganz klar zu benennen und sich ihnen zu stellen. Wir müssen für Abhilfe sorgen, Abhilfe schaffen, wir müssen die Preisanstiege insofern dämpfen, dass sie für die Menschen nicht zu einer immer größeren Belastung werden. Es gilt, die Versorgung sicherzustellen, und gleichzeitig muss in die Zukunft gerichtet gehandelt werden, die erneuerbaren Energien ausgebaut werden. Und all diese Aufgaben gilt es, gleichzeitig zu bewältigen [...].

Und ganz klar ist in diesem Zusammenhang [...], alle, die in dieser Krise und mit dieser Krise spekulieren, die versuchen, inmitten der schwierigen Lage auch noch ihren eigenen Profit zu maximieren, während andere jeden Euro dreimal umdrehen, diese handeln gegen die Interessen der breiten Bevölkerung, und deshalb sind in unseren Augen Übergewinne und übermäßige Krisenprofite nicht hinnehmbar.

Deshalb haben wir ja im Bundesrat als Mecklenburg-Vorpommern ein ganz klares Signal gegen solche Entwicklungen ausgesandt und gesagt, dass diese natürlich rechtssicher abgeschöpft und einer sinnvollen Verwendung zugeführt werden müssen. Und dafür [...] braucht es vor allem politischen Willen, und diesen Willen haben wir im Interesse der Menschen in unserem Bundesland.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

[...] wir haben also drei Ziele zugleich:

erstens akute Sicherstellung der Versorgung,

zweitens Preisdämpfung gerade für diejenigen mit kleinen und mittleren Einkommen, für die Unternehmen, die ernsthaft durch die Preisanstiege bedroht sind,

drittens langfristige Energiesouveränität durch erneuerbare Energien.

Und für alle drei Punkte wird in Mecklenburg-Vorpommern konkret gehandelt. Auch im Übergang zu 100 Prozent erneuerbarer Energie, was nicht von jetzt auf gleich geht, was auch niemand versprochen hat, muss die Versorgung sicher und bezahlbar bleiben. Und deshalb bleibt es auch dabei, [...] dass Gas als Übergangsenergieträger unumgänglich ist. Das war übrigens auch jeher die Grundüberlegung rund um die Pipeline, und zwischenzeitlich hat sogar ein grüner Bundesminister klargestellt, dass dieser immer wieder angezweifelte Bedarf ganz offensichtlich besteht. Anders kann man sich nicht erklären, warum beispielsweise LNG aus Katar oder aus Übersee bezogen werden müsste.

Und deshalb ist es wichtig [...] und [...] richtig, [...] dass die Regierung bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Druck für LNG-Terminals auch in Mecklenburg-Vorpommern macht. Es geht eben darum, diese Versorgung im Übergang ganz akut zu sichern und gleichzeitig übrigens auch langfristig eine Infrastruktur für die Wasserstoffwirtschaft zu entwickeln.

[...] für die Kraftstoffversorgung in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Berlin brauchen wir weiterhin alternative Öllieferungen für die Raffinerie in Schwedt. Dafür bietet der Ölhafen in Rostock gegebenenfalls Optionen. Das Kohlekraftwerk ist angesprochen worden.

[...] angesichts der stark steigenden Preise ist soziale Verantwortung gefragt, vor allem für die Lebenslagen der Berufspendlerinnen und Berufspendler [...], der Menschen mit niedrigen, mit mittleren Einkünften, vieler Familien, eben auch der Rentnerinnen und Rentner, der Studierenden.

Und hier haben wir als SPD eine klare Position, dass mit einem sozial gestaffelten Energiegeld auf der Bundesebene nachgebessert wird und dass eben dabei auch an die ältere Generation hier bei uns im Land und an die Interessen der Studierenden gedacht wird.

*(Zurufe von Daniel Peters, CDU,  
und Torsten Renz, CDU)*

[...] die bereits beschlossenen Entlastungspakete [...] finanziert das Land mit dem Bund gemeinsam. Im Landeshaushalt sichern wir rund 230 Millionen Euro, fast eine Viertelmilliarde, zur Vorfinanzierung dieser auf Bundesebene beschlossenen und von uns als Bundesland [...] eingeforderten Maßnahmen der Energiepreisentlastung sowie für weitere Hilfen für die Bürgerinnen und Bürger und auch für die Unternehmen: Anhebung des Grundfreibetrags, Arbeitnehmerpauschbetrag, Fernpendlerpauschale, Heizkostenzuschuss, Energiepreispauschale in Höhe von 300 Euro, als Gehaltszuschuss, Familienzuschuss, 100 Euro für jedes Kind, Einmalzahlung für die Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen, das Bürgerinnen-und-Bürger-Solarprogramm, Hilfen bei der Umrüstung der Heizanlagen, Absenkung der Energiesteuer temporär sowie das ÖPNV-Ticket.

[...] rund eine Viertelmilliarde Kofinanzierung [...], die sehr schnell zur Verfügung gestellt wurde.

Da gab es in der MV-Koalition auf Betreiben unserer Regierung auch große Einhelligkeit [...]. Daran [...] gilt es angesichts der sich entwickelnden Lage anzuknüpfen.

Da haben wir Einigkeit, das ist auch das klare Signal dieser Aktuelle Stunde, mit einem sozial gestaffelten Energiegeld und Hilfe für die Menschen, insbesondere auch die Rentnerinnen und Rentner, die Studierenden, mit einer ernsthaften Prüfung, wie geht es weiter beim ÖPNV-Ticket, [...] mit Hochdruck für eine sichere Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern, mit Hilfen und Schutz für die betroffenen Betriebe [...].

■ Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## „Wir müssen effektive Pakete schnüren.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Recht schauen die Bürgerinnen und Bürger auf uns Politiker/-innen und fordern Antworten auf Lebensrealitäten, die viele an den Rand der Verzweiflung bringen, denn wie soll ich die nächste Stromrechnung bezahlen, wenn ich schon fürs Essen jede Woche nicht mehr genug Geld in der Tasche habe. [...] Es ist völlig inakzeptabel, dass, während die einen nicht wissen, wie sie die nächste Mahlzeit auf den Tisch bringen sollen, sich die anderen völlig kaltschnäuzig an Krieg und Krisen dumm und dämlich verdienen.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

*(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE)*

[...] Wir müssen effektive Pakete schnüren, die uns mit konkreten Maßnahmen Stück für Stück aus den Krisen heraus führen.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Dafür braucht es [...] weitere Entlastungspakete, deren finanzielle Hilfen bei den Bürgerinnen und Bürgern schnell ankommen. [...]

Zweitens muss auf Bundesebene genau geprüft werden, wie wir die Kartellregeln verschärfen können, um wirkungsvoll gegen die Taktiken der wenigen, die sich bestimmte Marktbereiche ganz clever aufgeteilt haben, vorgehen zu können.

Und drittens [...], wir brauchen dringend den beschleunigten, groß angelegten Ausbau der erneuerbaren Energien, denn in der Reduzierung des Gasverbrauchs liegt der Weg aus der dramatischen Situation, die sich vor uns auftut – [...] die hätte abgemildert werden können, wenn diese

und die vorherigen Landesregierungen konkrete Schritte zum Ausbau der erneuerbaren Energien gegangen wären, anstatt [...], den bis zu dem Punkt zu verschleppen, wo in einem der windreichsten Bundesländer Deutschlands im vergangenen Jahr fast genauso viele Windräder abgebaut wie neu aufgebaut wurden.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Wie viele Anträge gibt es von Bürgern,  
die das nicht möchten? Das ist das Problem.)*

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Weil es auch der Bürgerbeteiligung bedarf.)*

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Da muss ich sowohl der Ministerpräsidentin als auch Herrn Barlen widersprechen –, das spiegelt sich in Ihrem aktuellen Haushalt nicht wider, da gibt es nicht genug Stellen für die Planungsbehörden. Die müssen wir als GRÜNE jetzt beantragen. [...]

*(Beifall vonseiten der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Daniel Peters, CDU, und David Wulff, FDP)*

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Das ist doch fernab jeder Realität. –  
Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU)*

sorgen Sie auch dafür, dass unsere Gemeinden und unsere Bürgerinnen und Bürger einen fairen Anteil an dem Gewinn von Solar- und Windparks erhalten,

*(Zuruf von Thore Stein, AfD)*

auch, um die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen!

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

**Präsidentin Birgit Hesse:** Frau Shepley, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Anne Shepley, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Ja.

**Präsidentin Birgit Hesse:** Bitte, Herr Krüger!

**Thomas Krüger, SPD:** Sehr geehrte Frau Kollegin Shepley, können Sie bestätigen, dass es gerade auch Naturschützer sind, die zum Beispiel vehementen Widerstand dagegen leisten, dass Windräder aufgebaut werden, und es zum Teil auch Mitglieder Ihrer Partei sind, die vehement vor Ort dagegen kämpfen, dass Windräder aufgebaut werden?

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und DIE LINKE)*

**Anne Shepley**, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Danke für Ihre Frage, Kollege Abgeordneter!

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

*(Heiterkeit und Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und DIE LINKE – Jeannine Rösler, DIE LINKE: Oh!)*

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

dass die Frage,

*(Marcel Falk, SPD: Immer angreifen, immer angreifen!)*

wie nutzen wir unsere Räume am besten, um den Klimaschutz, den Naturschutz, [...] Energieversorgung, faire Preise, unter einen Hut zu bringen,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

eine komplexe Frage ist, Ich glaube, da sind wir beide uns einig.

*(Minister Dr. Till Backhaus: Oh, oh! Oh, oh, oh!)*

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ich muss mir das nicht mehr anhören hier.)*

Die Diskussion führe ich in meiner Partei, weil wir pragmatische Lösungen brauchen.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Mein Gott!)*

*(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jan-Phillip Tadsen, AfD: Das sind ja Untergangsszenarien. – Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

Wir brauchen jetzt das Gas, weil wir in den letzten Jahrzehnten nichts dafür getan haben, uns unabhängig davon zu machen. Ich habe das selber durch, und weiß, dass es bis vor fünf Jahren noch völlig außer Frage stand, sich eine alternative Heizmöglichkeit außer Gas einzubauen. Das hat was mit Lobby zu tun, aber das hat auch was mit politischem Willen zu tun.

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Genau.)*

Ich bitte Sie da um Ihr größtes Engagement und weniger Sonntagsreden.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)*

■ René Domke, FDP:

„Sie tun so, als ob die Übergewinnabschöpfung ein Allheilmittel [...] ist.“



Foto: Uwe Sinnecker

Über den sozialen Schutzschirm habe ich [...] wenig gehört, über Übergewinne

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...] eine ganze Menge [...], aber auch vieles, was sehr, sehr populistisch ist.

[...] mit der aufgeheizten Stimmung,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

die [...] im Land vorhanden ist, sollte man nicht spielen, indem man suggeriert, man könnte einfach [...] irgendetwas abschöpfen und die Preisspirale ließe sich [...] aufhalten oder zurückdrehen. Sie erzeugen hier eine Erwartungshaltung in der Bevölkerung, die Sie [...] nicht erfüllen können. [...]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das spaltet die Gesellschaft! – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

Sie tun so, als ob die Übergewinnabschöpfung ein Allheilmittel für unsere Probleme im Land ist.

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Steuern sind doch kein Naturgesetz, sie sind doch kein Naturgesetz.)*

[...]

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...]

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...]

*(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

[...] Was ist denn ein Übergewinn? Ich habe von keinem gehört, was das [...] sein soll. [...] Ist Ihnen überhaupt klar, wo die Gewinne im Moment anfallen?

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

Das Besteuerungsrecht für die Öl fördernden Staaten haben wir nämlich gar nicht in Deutschland.

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] Es sind [...] nicht die Raffinerien und die Tankstellenbelieferungen, die hier im Inland die Profite machen.

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] das ist [...] das große Problem, was wir hierbei haben. [...] Sie sagen, [...], wir besteuern den Übergewinn, Sie schauen gar nicht, wo ist er überhaupt entstanden. [...] eine reine Preisentwicklung ist [...] kein Indiz für einen Übergewinn.

[...] Sie haben [...] überhaupt [...] keine verfassungsrechtlichen Bedenken, dass Sie verschiedene Branchen über einen Kamm scheren.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

Schaut man [...] ins Handelsgesetzbuch, [...] steht nichts von Übergewinn. Schaut man in die Steuergesetze, [...] nichts von Übergewinnen. Schaut man [...] in internationale Buchführungsvorschriften, [...] nichts von Übergewinn [...]

*(Torsten Koplín, DIE LINKE:  
Sie haben ja nicht mal den Willen! –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...]

*(Torsten Koplín, DIE LINKE: Sie schonen die Riesengewinne, Sie schonen die Reichen!)*

[...]

*(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD –  
Zuruf von Daniel Seiffert, DIE LINKE)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

[...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

[...] es wird [...] immer der Eindruck vermittelt, [...], dass nicht ausreichend besteuert wird. Ich darf [...] daran erinnern, dass wir im OECD-Vergleich [...] die höchsten Steuern haben im Unternehmenssteuerbereich. [...]

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

Was genau wollen Sie eigentlich mit einer Abschöpfung erreichen? [...] Eine Steuer ist nicht gleich Abschöpfung. Abschöpfung heißt im Grunde 100 Prozent Steuer, also eine Gesamtaberschöpfung. Ich hoffe, dass Sie nicht solche Gedanken [...] hegen, [...] in eine Enteignungsdebatte wollen.

*(Zuruf von Daniel Peters, CDU)*

[...] Wir brauchen andere Mittel. [...] Sie wollen den Staatshaushalt sanieren, [...] Dinge abfedern, die Sie vorher künstlich hochbringen, indem sich der Staat als Inflationstreiber mit betätigt [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

[...]

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

die Lösung des Problems gibt es in Deutschland schon sehr lange.

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] Das ist das Kartellrecht. Und genau da haben wir aber Probleme, da haben wir Vollzugsdefizite. [...]

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] da müssen wir nachschärfen [...], da ist die Bundesregierung dabei. [...]

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

[...] das ist der richtige Weg, über das Kartellamt zu gehen, [...] Sanktionen und Bußgelder, die können Sie nicht einfach so einpreisen, die können Sie nicht einfach so umwälzen, weil sie ja gar nicht planbar sind.

*(Heiterkeit bei Daniel Seiffert, DIE LINKE)*

[...]

*(Zuruf von Daniel Seiffert, DIE LINKE)*

[...]

*(Heiterkeit bei Daniel Peters, CDU –  
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

Wir brauchen eine starke Wirtschaft, [...] einen starken, verlässlichen, durchsetzungsfähigen Rechtsstaat und [...] keine andauernden neuen populistischen Erfindungen,

*(Zuruf von Torsten Koplín, DIE LINKE)*

die am Ende [...] die Bürgerinnen und Bürger [...] selbst bezahlen. [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU und FDP)*

# Grünes Licht für Doppelhaushalt 2022/2023

Das Land wirtschaftet für 2022 und 2023 mit 19.88 Milliarden Euro

Die Zweite Lesung zum Doppelhaushalt 2022/2023 und Haushaltsbegleitgesetz am 30. Juni 2022 dauerte bis spät in die Nacht. Nach der dreistündigen Generaldebatte wurden fast sechs Stunden lang die 14 Einzelpläne für die jeweiligen Ministerien und Landeseinrichtungen erörtert. Der komplette Haushalt umfasst 2.700 Seiten. Nach einem zweistündigen Abstimmungsmarathon wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und DIE LINKE aus dem Entwurf ein Gesetz. Es sieht für das laufende Jahr Ausgaben von insgesamt 10,12 Milliarden Euro und im Jahr 2023 in Höhe von 9,76 Milliarden Euro vor. Die Regierungsfaktionen zeigten sich zufrieden. Es sei gelungen, mit den Budgets den Koalitionsvertrag finanziell zu untermauern. Die Opposition hingegen verurteilte, dass ihre Änderungsanträge kaum Zuspruch fanden. Sie betrachtete diesen Arbeitsstil als eine Absage an ein kooperatives Miteinander im Interesse der Bürger des Landes.

In fünf Sitzungen habe der Finanzausschuss 290 Seiten Beschlussempfehlung erarbeitet, erstattete dessen Vorsitzender **Tilo Gundlack** (SPD) Bericht. Dabei wurden die Einzelpläne über 25 Stunden „sehr intensiv und teils kontrovers diskutiert“.

Insgesamt 329 Änderungs- und Entschließungsanträge lagen vor, von denen „lediglich 21 Anträge mehrheitlich, einer einstimmig und 61 Anträge einvernehmlich angenommen wurden“. Dies zeige die Zusammenarbeit „im Sinne des Landes“ trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen. Der Finanzausschuss empfehle, die Einzelpläne des Landesrechnungshofes, des Finanzministeriums, des Landesverfassungsgerichts und des ehemaligen Energieministeriums unverändert anzunehmen. Zu den übrigen Einzelplänen würden Änderungen am Sachhaushalt und teilweise auch am Stellenplan empfohlen. Er wünschte dem Parlament „Feuer frei!“ für die Schlussdebatte.

Es sei am Anfang einer Legislatur immer eine Herausforderung, den Haushalt zügig zu erarbeiten, gab Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD) zu. Der nun vorliegende Plan reflektiere den Dreiklang von Wirtschaftsentwicklung, sozialem Zusammenhalt und ökologischer Verantwortung, dem sich die Koalition verschrieben habe. Trotz Krisen, Corona und Krieg sei es „ein Haushalt ohne

neue Schulden und wir setzen die solide Finanzpolitik des Landes fort“, versicherte Manuela Schwesig. Es würden die Weichen für ein ganzes Jahrzehnt gestellt, da hohe Zukunftsinvestitionen ohne neue Schulden ermöglicht würden. Der wichtige MV-Schutzfonds sei „das größte Hilfsprogramm in unserer Geschichte“ zur Entlastung der Bürger und Kommunen. Die Schaffung von 1.000 Lehrerstellen sei keine leichte Aufgabe, würde aber genauso wie die beitragsfreie Kita und der beitragsfreie Ferienhort umgesetzt werden.

„Sie hätten [...] wesentlich schneller sein können“, zeigte sich der Fraktionsvorsitzende der AfD, **Nikolaus Kramer**, unzufrieden mit der späten Vorlage des Haushaltsentwurfs. Trotz der knappen Zeit habe seine Fraktion dutzende Haushaltsanträge verfasst. So schlug die AfD einen „Landesrückführungsbeauftragten“ für die Durchsetzung der Ausreisepflicht vor. Hinsichtlich der punktuellen Förderung bestimmter Gruppen sei für die AfD „die Anzahl der Betroffenen und das Ausmaß ihrer Betroffenheit entscheidend“. Dazu gehörten nicht die wenigen transsexuellen Menschen im Land, denen die Koalition eine Beratungsstelle einrichten wolle. Das treffe aber auf über 50.000 Menschen zu, die von ihren Angehörigen gepflegt würden und wo ein Landespflegefördergeld nötig wäre. Inakzeptabel sei, dass

## Zweite Lesungen und Schlussabstimmungen der Gesetzentwürfe der Landesregierung

### a)

*Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022/2023*

*Antrag SPD und DIE LINKE*

*Entschließung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung*

*Drucksache 8/599*

*hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses*

*Drucksache 8/800*

*Beschluss: Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der geänderten Beschlussempfehlung*

*Änderungsantrag CDU*

*Drucksache 8/890*

*Beschluss: Ablehnung des Antrages*

*Änderungsantrag AfD*

*Drucksache 8/896*

*Beschluss: Ablehnung des Antrages*

*Änderungsantrag CDU*

*Drucksache 8/1083*

*Beschluss: Ablehnung des Antrages*

*Änderungsantrag SPD und DIE LINKE*

*Drucksache 8/1090*

*Beschluss: Annahme des Antrages*

*Kommunalgespräch 2022 -*

*den intensiven Dialog mit den Kommunen fortsetzen*

*Drucksache 8/820*

*Beschluss: Annahme des Antrages*

### b)

*Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)*

*Drucksache 8/600*

*sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung*

*Mittelfristige Finanzplanung 2021 bis 2026 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung*

*Drucksache 8/598*

*hierzu*

*Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses*

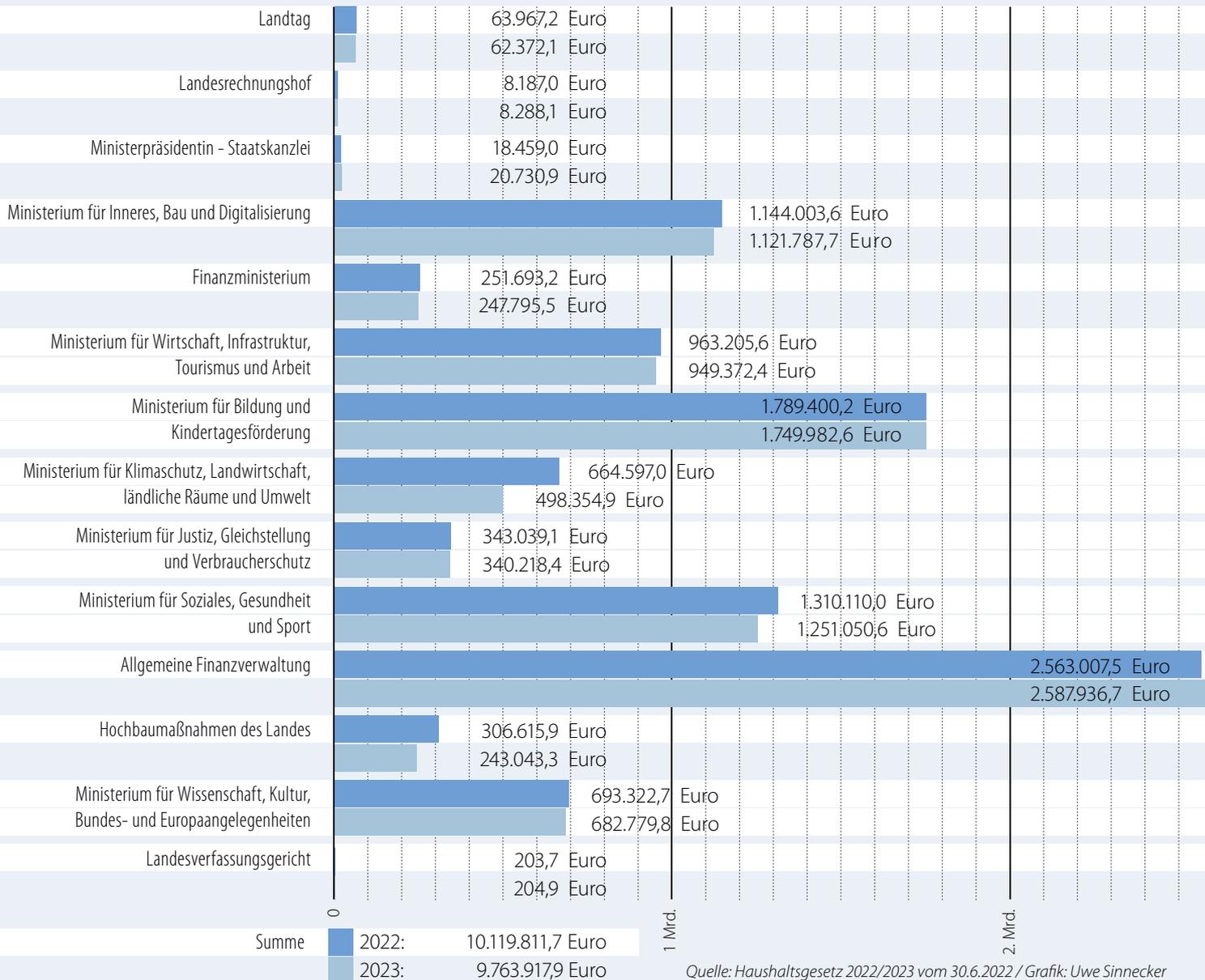
*Drucksachen 8/801 bis 8/818*

*hierzu*

*Änderungsanträge CDU*

*Drucksachen 8/824 bis 8/889, 8/891 bis 8/895 und 8/1005*

Ausgaben 2022/23 | Beträge in TEUR



Änderungsanträge AfD  
Drucksachen 8/897 bis 8/981  
und 8/1075 bis 8/1078

Änderungsanträge  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksachen 8/983 bis 8/1001, 8/1004  
und 8/1079 bis 8/1082

Änderungsanträge CDU,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP  
Drucksachen 8/1006 und 8/1023

Änderungsanträge CDU und FDP  
Drucksachen 8/1007 bis 8/1016

Änderungsanträge FDP und CDU  
Drucksachen 8/1017 bis 8/1022

der MV-Schutzfonds zur Umgehung der Schuldenbremse genutzt werde.

Die CDU habe Vorschläge für zusätzliche Ausgaben und Einsparmöglichkeiten über die „globale Minderausgabe“ eingereicht, legte Fraktionsvorsitzender **Franz-Robert Liskow** (CDU) dar. Zu den Vorschlägen gehörten die ökumenische Telefonseelsorge oder kostenfreie Schwimmkurse in den Ferien. Während Regierungsvorlagen „durchgewunken“ würden, lehne man Anträge der Opposition ohne Begründung ab. Die Koalition lasse „gerade finanzschwache Kommunen bei der Investitionsförderung im Stich“. Es gebe kein neues Landesgeld für „Neubau und Sanierung von Schul-

gebäuden“ und der zusätzliche Personalbedarf bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten werde „ignoriert“. Völlig „blank auf der Hand“ sei die Koalition beim Thema „Künstliche Intelligenz“. Der „haushaltspolitische Sündenfall“ aber sei der MV-Schutzfonds, mit dem regelwidrige und nicht verfassungskonforme Maßnahmen finanziert würden.

Der Landeshaushalt sei „in Zahlen gegossene Politik“, beschrieb Fraktionsvorsitzender **Julian Barlen** (SPD) das Gesetzeswerk. In beiden Jahren seien 230 Millionen Euro zur Kofinanzierung der vom Bund beschlossenen Entlastungspakete eingestellt. Dies sei ein Signal, dass auf den Staat Verlass sei. Es

habe keinen substanziellen Antrag zu Budgetstreichungen gegeben. Dies sei für Julian Barlen „das beste Indiz dafür, dass der Landeshaushalt ausgewogen ist“. Insgesamt habe die Opposition Mehrausgaben von ungefähr einer halben Milliarde Euro für beide Jahre vorgeschlagen. Diese sollten mit der Ausgleichsrücklage und globalen Minderausgaben gedeckt werden. Das sei nicht solide. Auch die Mai-Prognose für zu erwartende höhere Steuereinnahmen dürfe nicht zu „spontanem Aktivismus“ verführen.

Der Doppelhaushalt sei „gelingen“, da er „solide aufgestellt“ worden sei, hob Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) hervor. Dies sei „trotz drei großer Krisen, die aktuell unseren Alltag prägen“ geglückt. Vor allem aber trage dieser Haushalt „eine ausgesprochen soziale Handschrift“. Mit den Investitionen in Kinder und Jugendliche „setzen wir einen ganz klaren Schwerpunkt: allein im Bereich Schule sorgen wir für einen Aufwuchs bei den Lehrkräften von 267 Stellen in 2022 und im Jahr 2023 folgen weitere 158 Stellen“. Einige Anträge der Opposition „hatten durchaus Substanz, aber leider auch ihre Schwächen und hier zuerst eine Rechenschwäche“. Wenn man 200 Millionen aus der Ausgleichsrücklage heranziehen wolle, dann sei das keine seriöse Deckungsquelle. Unter den jetzigen Gegebenheiten gebe es keine „prall gefüllte Ausgleichsrücklage“.

Besonders die „zu geringe Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit des empfohlenen Landeshaushaltes stellt ein strukturelles haushälterisches Risiko dar“, schätzte Fraktionsvorsitzender **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ein. So sei der Doppelhaushalt Ausdruck einer „mangelhaften Innovationsfähigkeit der Landesregierung und der sie tragenden Koalition“, setzte er fort. Die Ablehnung fast aller Änderungsanträge der Opposition sei eine bedauerliche „Absage an einen kooperativen Arbeitsstil“. Ferner würden Krisen wie der Klimanotstand, Fachkräftemangel und die unzureichende Digitalisierung vernachlässigt. Seine Fraktion habe versucht, die „Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien“ herauszustellen. Laut einer fraktionsei-

genen Studie wären damit „längerfristig um bis zu 35.000 neue Arbeitsplätze und eine Steuermehreinnahme in Milliarden-Höhe“ möglich.

Dank des Steuerzahlers gebe es überhaupt einen Haushalt, begann Fraktionsvorsitzender **René Domke** (FDP) seine Ausführungen. Was in den 53 von der FDP eingebrachten Änderungsanträge gestanden habe, hätte SPD und DIE LINKE „nicht wirklich interessiert“. Dafür habe er im Haushalt lange nach dem Dreiklang aus wirtschaftlicher Stärke, sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit gesucht. „Ich habe ihn nicht finden können“, wandte er sich fragend an die Koalition. Er rechne ihr jedoch an, „dass sie die Ansätze für die notwendige Umsetzung der Entlastungspakete berücksichtigt“ habe. Doch auch seine Fraktion sehe kritisch, dass der MV-Schutzfonds als eine „Art Wunderquelle“ zur Umgehung der Schuldenbremse diene. René Domke zweifelte, ob dies einer Prüfung durch das Verfassungsgericht standhielte.

Es sei „ein guter Doppelhaushalt“ bestätigte zum Ende der Debatte Finanzminister **Dr. Heike Geue** (SPD), weil trotz der vielen aktuellen Krisen keine Neuverschuldung anfallt und Investitionen auf Rekordhöhe vorgesehen seien. Durch die höhere Mai-Steuerschätzung würde es möglich, 130 Millionen Euro weniger aus der Ausgleichsrücklage zu entnehmen und die Schlüsselzuweisungen beim kommunalen Finanzausgleich sowie die Ukraine-Hilfe zu verbessern. Er gab zu, dass die Zeit bis zur Haushaltsverabschiedung vor der Sommerpause knapp gewesen sei. Aber das sei im Interesse der Kommunen, damit diese noch in diesem Jahr die Vorauszahlungen für das Kinderförderungsgesetz erhielten. Der Minister mahnte, dass die Pandemie noch nicht vorbei sei und der MV-Schutzfonds weiter benötigt würde. Darum verstehe er die Kritik der Opposition nicht. Bei all diesen Herausforderungen „gleichzeitig aber die Perspektive 2030 nicht aus dem Blick verlieren“ sei das Merkmal des vorliegenden Haushalts.

*Änderungsanträge FDP  
Drucksachen 8/1030 bis 8/1053 und  
8/1055 bis 8/1074*

*Änderungsanträge SPD und DIE LINKE  
Drucksachen 8/1087, 8/1089, 8/1096*

*Beschluss: Annahme des Änderungsantrages auf Drucksache 8/1089  
Annahme des Gesetzentwurfes auf Drucksache 8/600 entsprechend der geänderten Ziffer I der Beschlussempfehlung auf Drucksache 8/817  
Verfahrensmäßige Erledigterklärung der Unterrichtung auf Drucksache 8/598 entsprechend der Ziffer II der Beschlussempfehlung auf Drucksache 8/817  
Annahme einer Entschließung entsprechend der Ziffer III der Beschlussempfehlung auf Drucksache 8/817  
Ablehnung des Änderungsantrages auf Drucksache 8/1082*

#### **Einzelplan 01**

*Beschluss: Annahme des Einzelplans 01  
entsprechend der Ziffer 1  
der Beschlussempfehlung  
Annahme einer Entschließung  
entsprechend der Ziffer 2  
der Beschlussempfehlung  
Ablehnung der Änderungsanträge*

#### **Einzelplan 02**

*Beschluss: Unveränderte Annahme  
des Einzelplans 02 entsprechend der  
Beschlussempfehlung  
Ablehnung der Änderungsanträge*

#### **Einzelplan 03**

*Beschluss: Annahme des Einzelplans 03  
entsprechend der Beschlussempfehlung  
Ablehnung der Änderungsanträge*

#### **Einzelplan 04**

*Beschluss: Annahme des Einzelplans 04  
entsprechend der Beschlussempfehlung  
Ablehnung der Änderungsanträge*

#### **Einzelplan 05**

*Beschluss: Unveränderte Annahme  
des Einzelplans 05 entsprechend der  
Beschlussempfehlung  
Ablehnung der Änderungsanträge*

#### **Einzelplan 06**

*Beschluss: Annahme des Änderungsantrages auf Drucksache 8/1087  
Annahme des Einzelplans 06  
entsprechend der geänderten  
Beschlussempfehlung  
Ablehnung der Änderungsanträge auf  
den Drucksachen 8/838 bis 8/841, 8/918*

bis 8/931, 8/988 bis 8/992, 8/1010, 8/1011, 8/1020, 8/1021, 8/1044 bis 8/1048 und 8/1075 bis 8/1077

#### **Einzelplan 07**

Beschluss: Annahme des Änderungsantrages auf Drucksache 8/1096

Annahme des Einzelplans 07

entsprechend der geänderten

Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge auf

den Drucksachen 8/842 bis 8/849, 8/932

bis 8/938 und 8/1049 bis 8/1052

#### **Einzelplan 08**

Beschluss: Annahme des Einzelplans 08

entsprechend der Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge

#### **Einzelplan 09**

Beschluss: Annahme des Einzelplans 09

entsprechend der Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge

#### **Einzelplan 10**

Beschluss: Annahme des Einzelplans 10

entsprechend der Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge

#### **Einzelplan 11**

Beschluss: Annahme des Einzelplans 11

entsprechend der aufgrund der

Annahme des Änderungsantrages

auf Drucksache 8/1096

geänderten Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge auf

den Drucksachen 8/893 bis 8/895, 8/972

bis 8/976, 8/1015 und 8/1078

#### **Einzelplan 12**

Beschluss: Annahme des Einzelplans 12

entsprechend der Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge

#### **Einzelplan 13**

Beschluss: Annahme des Einzelplans 13

entsprechend der Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge

#### **Einzelplan 14**

Beschluss: Unveränderte Annahme

des Einzelplans 14 entsprechend der

Beschlussempfehlung

#### **Einzelplan 15**

Beschluss: Unveränderte Annahme

des Einzelplans 15 entsprechend der

Beschlussempfehlung

#### **Stellenplan**

Beschluss: Annahme der Stellenpläne

entsprechend der Beschlussempfehlung

Ablehnung der Änderungsanträge

## Bildungshaushalt ermöglicht mehr Lehrer und Erzieher

Haushalt 2022/23 erlaubt schrittweise Verbesserungen für Schulen und Kitas

■ Der Doppelhaushalt 2022/2023 wurde von insgesamt 14 Einzelplänen finanziert: einer für jedes Ministerium sowie mehrere Landesinstitutionen.

Der Einzelplan 07 umfasst die Einnahmen und Ausgaben des Ministeriums für Bildung und Kindertagesförderung, erstellt von den Regierungsfractionen gemeinsam mit dem Ministerium. Das Ausgabenvolumen umfasst knapp 1,79 Milliarden Euro für 2022 und 1,75 Milliarden Euro im Folgejahr. Die Fraktionen AfD, CDU und FDP hatten als Oppositionsparteien Änderungsanträge eingebracht, um andere Akzente zu setzen oder zusätzliche Vorhaben zu empfehlen. Diese wurden im Bildungsausschuss diskutiert. Zwei Anhörungen beschäftigten sich mit den Themen „Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs“ und „Kindertagesförderungsgesetz“. Beide Themen sind identisch mit den Schwerpunkten der Koalition: mehr Lehrerstellen und eine Fachkräfteoffensive für Erzieher. Die Opposition bemängelte den schleppenden Schulneubau und Defizite bei der digitalen Infrastruktur an Schulen. Das Votum zum Einzelplan fand am Ende des Sitzungstages, gemeinsam mit allen anderen Haushaltsabstimmungen statt.

Bildung, Schule und Kita – das seien Dinge, die uns alle verbinden, leitete **Martin Schmidt** (AfD) seine Rede ein. Für die Bildung bedürfe es ausreichender Finanzmittel, die effizient eingesetzt werden müssten. Seit 15 Jahren stagniere die finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen. Darum schlage die AfD-Fraktion eine Erhöhung vor. „Volkshochschulen verhelfen zu Abschlüssen und leisten damit einen immensen Beitrag zur Befriedung der schlechten Fachkräftesituation“, begründete der Abgeordnete das Ansinnen. Weiterhin sei seine Fraktion dafür, die Zuschüsse zu den Fahrtkosten und für die Unterbringung von Berufsschülern anzuheben. Ein weiterer AfD-Antrag fragte nach mehr Geld für Schulgärten, „um unseren Nachwuchs, das Nachwachsen beizubringen. Das wäre unser Wunsch“, hob Martin Schmidt hervor. Zum Ausgleich dieser Mehrausgaben könne sich die AfD Kürzungen bei der Werbekampagne für Lehrer vorstellen, denn andere Berufsgruppen mit Personalmangel hätten auch kein Werbebudget. Eine andere Sparmöglichkeit wäre, den kostenfreien Ferienhort auf diejenigen Familien zu beschränken, die es wirklich bräuchten.

**Torsten Renz** (CDU) war beim Blick in den Haushalt skeptisch, ob DIE LINKE die großen Versprechen aus ihrem Wahlprogramm umsetzen werde.

Der CDU war sehr daran gelegen, den Landesanteil für die Kofinanzierung der Kitas von 54,5 auf 56 Prozent zu erhöhen. In einem weiteren Antrag ging es der CDU um die Absenkung der wöchentlichen Unterrichtsstunden für Lehrer. Denn, so der Abgeordnete, die Lehrer in MV arbeiteten „mehr als alle anderen Lehrer in anderen Bundesländern“.

Ähnlich wie die AfD bemühte sich die CDU um Verbesserungen bei der Erstattung der Fahrt- und Unterkunftskosten für Azubis. Die CDU ging sogar einen Schritt weiter und wollte die vollständige Erstattung. Denn wenn das Land hier „nicht [...] endlich aus den Puschen“ käme, würde sich die Nachwuchssituation im Handwerk weiter verschärfen. Zum Schulbauprogramm wolle die CDU ein Investitionsprogramm in Höhe von 250 Millionen Euro bis 2027 anregen. Hier sei Handlungsbedarf im Interesse der „Zukunft unserer Kinder“ und des Landes, gab Torsten Renz zu bedenken.

„169 Millionen packen wir drauf“, ließ **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) das Parlament wissen. Es sei ein grundlegendes Anliegen der Regierungskoalition, mehr Stellen für Lehrkräfte zu schaffen und die Qualität in den Kitas zu verbessern. Um das zu erreichen, würde die Qualifizierung von Seiteneinsteigern intensiviert, eine Lehrer-Werbekampagne ins Leben gerufen und würden mehr Referendare für den ländlichen Raum geworben. Andere Schwerpunkte seien die Stärkung des schulpsychologischen und diagnostischen Dienstes, die Fachkräfteoffensive für Kitas sowie ein landesweiter Mindestpersonalschlüssel für Erzieher.

Die Koalition habe sich mit den Änderungsanträgen der Opposition im Ausschuss befasst und dort die Gründe der Ablehnung dargelegt. Die Dinge, die die CDU eingebracht habe, seien „wünschenswert“, aber die Deckungsquellen nicht akzeptabel. Auch die Idee beim Schulneubau, die Förderprogramme zusammenzuführen, sei „praktisch und förderlich [...] nicht umsetzbar“, da für EU-, Bundes- und Landesmittel unterschiedliche Förderbedingungen und -quoten gelten würden.

Am meisten vermisse sie im Haushalt „ein schlüssiges Gesamtkonzept“ und „eine nachhaltige Lösung“ für die Bewältigung des Lehrermangels, stellte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fest. Während die jetzige Generation der Lehrer schrittweise in Rente ginge, brechen 83 Prozent der Lehramtsstudenten in MV ihr Studium ab.

„Was wir brauchen, ist eine Revidierung des Bildungssystems und des Lehramtsstudiums“, formulierte die Abgeordnete. „Wer Lehrer wird, muss sich dessen bewusst sein, dass das Berufsziel Pädagoge ist, nicht Historiker, Linguist, Informatiker oder Biologe [...]. Didaktik, Sonderpäda-

gogik, Entwicklungspsychologie - das sollte im Zentrum des Studiums stehen.“ Eine weitere Herausforderung sei die moderne und digitale Ausstattung der Schulen. Nur fünf Prozent der Mittel für die Digitalisierung der Schulen seien bisher abgerufen worden. „Ich meine, wenn es ihnen ernst ist, warum treiben sie dieses Projekt nicht viel konsequenter voran?“, fragte die Politikerin die Koalition.

Wir müssen Stück für Stück das Bildungswesen verbessern, ging die Bildungsministerin **Simone Oldenburg** (DIE LINKE) auf die Vorrednerin ein. Es sei nicht hilfreich, erst dann mit Veränderungen zu beginnen, wenn „Milliarden und Abermilliarden“ bereitstünden, richtete sie an Jutta Wegner. Hinsichtlich der digitalen Projekte in den Schulen sei wichtig zu wissen, dass die Schulen in Vorleistung gingen und dann das Geld zurückbekämen. Darum seien 60 Prozent der Digitalisierungsmittel vollständig gebunden. „Also 55 Prozent [...] mehr als sie gesagt haben“, korrigierte Simone Oldenburg die Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie habe jedoch recht, wenn sie das Studium anspreche, aber das sei Bestandteil des Wissenschaftsministeriums. „Wir sind stolz auf 1,7 Milliarden Euro, die dieser Bildungshaushalt hat. Nach dem Finanzministerium - wird das meiste Geld in die Bildung in diesem Land gesteckt“, zeigte sich die Ministerin zufrieden.

Die Regierungskoalition habe keine Vision zur Weiterentwicklung der Schulen und des Bildungswesens, urteilte **Sabine Enseleit** (FDP). „Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie die Schulen endlich unterstützt und Empfehlungen für den Aufbau der digitalen Infrastruktur gibt“, bemängelte die Abgeordnete. Der Kauf von Tablets und die Einrichtung

von WLAN seien keine Digitalisierung. In der Realität kümmerten sich dann engagierte Lehrer mit IT-Kenntnissen neben ihren eigentlichen Aufgaben um die Geräte. Um diese „erschreckende Visionslosigkeit“ zu korrigieren, habe die FDP den Antrag für „eine Art Hausmeister für digitale Infrastruktur“ eingebracht. Doch zu einem umfassenden Konzept für Digitalisierung und digitale Medien gehörten genauso Fortbildungen.

Beim Hort wäre die FDP für eine Bezuschussung von alternativen Ferienangeboten für die Kinder, die keinen Hortplatz erhalten hätten. Feriencamps, Künstlerinitiativen oder Sportkurse von privaten oder ehrenamtlichen Trägern könnten dafür mit Mitteln des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ genutzt werden.

*Änderungsanträge CDU  
Drucksachen 8/842, 8/843, 8/844, 8/845,  
8/846, 8/847, 8/848, 8/849  
Beschluss: Ablehnung aller Drucksachen*

*Änderungsanträge AfD  
Drucksachen 8/932, 8/933, 8/934, 8/935,  
8/936, 8/937, 8/938  
Beschluss: Ablehnung aller Drucksachen*

*Änderungsanträge FDP  
Drucksachen 8/1049, 8/1050, 8/1051,  
8/1052  
Beschluss: Ablehnung aller Drucksachen*

*Änderungsantrag SPD und DIE LINKE  
Drucksache 8/1096  
Beschluss:  
Annahme des Antrages*

*Beschlussempfehlung und Bericht  
des Finanzausschusses  
Drucksache 8/807  
Beschluss:  
Annahme des Einzelplans 07  
entsprechend der geänderten  
Beschlussempfehlung*



Foto: Jens Büttner

Thyssenkrupp Marine Systems übernimmt den Standort der MV Werften in Wismar und will dort Marineschiffe bauen.

## Bekanntnis zum Marineschiffbau

Die CDU fordert klares politisches Engagement für neue Werft-Unternehmen

■ Für die Juni-Sitzungswoche beantragte die CDU-Fraktion eine parlamentarische Aussprache zur Zukunft des Marineschiffbaus in MV. Dabei adressierte die Oppositionspartei zwei, ihrer Ansicht nach, miteinander verwobene Ereignisse. Zum einen ginge es ihr um Aufklärung der Vorgänge rund um die Insolvenz von Genting Hongkong. Die Fraktion hegte Zweifel an der offiziellen Begründung für das Scheitern des Kreuzfahrtunternehmens. Zum anderen sei es der CDU unverständlich, dass die Landesregierung den Entschluss des Bundes begrüße, einen beträchtlichen Teil des 100 Milliarden Euro umfassenden Sondervermögens der Bundeswehr in die neuen Standorte des Marineschiffbaus in MV zu stecken. Tags darauf aber stimme man im Bundesrat gegen das Sondervermögen. Die CDU interpretierte dies als Vernachlässigung der Interessen des Landes, aber auch Uneinigkeit in der Regierungskoalition. Umso wichtiger wäre es, „wenn die Landesregierung heute, hier ihren politischen Kurs erklären würde“.

Die Regierungskoalition spreche nicht mit einer Stimme, war der Eindruck von **Franz-Robert Liskow** (CDU). Er vermute, das Ende der MV-Werften sei politisch gewollt gewesen und nicht der Coro-

na-Pandemie geschuldet. Sicher seien die fachlichen Hintergründe komplex, aber das Ende von Genting hinge mit den „neuen politischen Mehrheiten zusammen“. Genting wurde „der perfekte

Sündenbock“, um den Kreuzfahrtschiffbau in MV aus politischen Gründen abzuwickeln, war seine Auslegung der Geschehnisse im Januar. Es sei gut, fuhr Franz-Robert Liskow fort, dass thyssenkrupp Marine Systems (tkMS) die MV Werften in Wismar übernehme – offensichtlich gegen den Willen von DIE LINKE. Mit tkMS komme ein großer Teil des 100 Milliarden Sondervermögens nach MV. Warum also habe die Landesvertretung im Bundesrat nicht zugestimmt, bohrte der Abgeordnete nach. Damit „machen wir das Land lächerlich“, da „hätten die Interessen des Landes im Mittelpunkt stehen müssen“.

**Martin Schmidt** (AfD) begrüßte die Aussprache. Schon im Januar verwies die AfD auf die Möglichkeit, Prototypen für die Munitionsbergung oder Plastikbeseitigung hier in MV mithilfe der Öffentlichen Hand zu entwickeln. In Wismar beabsichtige thyssenkrupp Marine Systems U-Boote zu bauen, könne aber auch Einheiten zur Munitionsbergung konzipieren.

Sorge bereite ihm das Auslaufen der Transfergesellschaften, denn dort sei das Fachpersonal. Darum regte er eine Job-Messe mit Arbeitgebern und Werftmitarbeitern an, um die Fachkräfte mit temporären Arbeitsverträgen zu halten. Weiter müsse überlegt werden, wie man die Global One „loswerden“ könne, ohne viel von der Landesbürgerschaft einzubüßen. Offensichtlich versuche Genting, einen Spottpreis auszuhandeln. „Die Demütigung muss sich unser Land ersparen, dass die Global One nun für ein paar Hongkong-Dollar abgekauft wird.“

**Henning Foerster** (DIE LINKE) warf der CDU vor, statt um ein Bekenntnis zum Marineschiffbau, ginge es ihr „vielmehr darum, vermeintliche oder tatsächliche Widersprüche in der rot-roten Koalition aufzudecken und diese maximal zu skandalisieren“. Er sorge gern für Aufklärung. Die Linksfraktion im Landtag kritisiere die „Aufnahme von 100 Milliarden Euro Schulden für die Bundeswehr“. Die Bundeswehr habe kein Geldproblem, sondern „ein gewaltiges Managementproblem“, gekennzeichnet von Fehlplanungen und Fehl Ausgaben. Ja, DIE LINKE habe „stets zivilen Schiffbau favorisiert“. Seriöse Gespräche dazu brachten kein belastbares Finanzierungskonzept. Das sei bitter, „während es im Marine- und Militärtechnikbereich diesbezüglich überhaupt keine Probleme zu geben scheint“. Als Realpolitiker habe man zur Kenntnis genommen, „dass die Bundesmarine 20 der 100 Milliarden Euro für den Bau zusätzlicher Korvetten, Fregatten und U-Boote zur Verfügung gestellt bekommt“ und gehe damit um.

**Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war froh, dass es nach der Insolvenz im Januar wieder eine Perspektive gebe. Kriegs- statt Kreuzfahrtschiffe – „sicherlich eine Umstellung“. Offen bliebe, ob nicht etwas mehr Diversifikationen

„gutgetan hätte“ und „wenn man zumindest an einem der Standorte auch Investoren aus dem Bereich Offshore-Windkraft hätte gewinnen können“. Eine verpasste Gelegenheit, fand die Abgeordnete, wengleich „für die nicht abgegebenen Angebote kann auch die Landesregierung nichts“.

Die Ansiedlungen in Wismar und Rostock „bieten die Chance, sowohl Arbeitsplätze und Know-how im Schiffsbau als auch Wertschöpfung in Mecklenburg-Vorpommern zu halten. [...] Der eingeschlagene Weg muss von allen Beteiligten nun konsequent verfolgt werden.“ Jutta Wegner sei wichtig, für die im Oktober auslaufende Transfergesellschaft konkrete Pläne zu schmieden, damit die Menschen wüssten, wie es weitergehe.

Das Thema der Aussprache sei nicht einfach und sei hochemotional, gab **Tilo Gundlack** (SPD) zu. Die aufgeworfenen Fragen zu Industriepolitik, wie die Menschen zum Marineschiffbau stehen, und wie die Parteien mit dem Thema umgehen, seien legitim. Doch, er vermute, der CDU gehe es in der Aussprache nicht um Sachpolitik. Dabei gebe es auch bei der CDU mahrende Worte zum Marineschiffbau und die Bevorzugung des zivilen Schiffbaus. Im Interesse der Beschäftigten und ihrer Familien und der Langfristigkeit bliebe nun keine Wahl. „Alles andere wäre Augenwischerei.“ Er wünschte sich eine ehrliche Debatte bei der CDU.

Ehrlichkeit sei auch notwendig, wenn Bürger in Wismar sich sorgten, ob die Stadt zum potenziellen Kriegsziel würde. „Diese Fragestellung [...] zeigt, dass Menschen Angst haben und dies unabhängig von einer parteipolitischen Farbenlehre.“

**Sandy van Baal** (FDP) ersparte den Regierungsparteien nicht ihre Kritik: „Donnerstag die Werftenrettung feiern und am Freitag nicht für das Sondervermögen stimmen, das großen Anteil daran hatte, dass die Werftenrettung überhaupt gelingen konnte. Das passt nicht zusammen.“ Ohne das Sondervermögen wäre tkMS „nie auf die Idee gekommen, den Standort Wismar zu kaufen“. Das Land habe sich mit dem „Quasi-Nein“ im Bundesrat blamiert. „Ein Trauerspiel“, ergänzte die Parlamentarierin.



Foto: Uwe Sinnecker

Der Konflikt in der Ukraine brachte eine Zäsur in der Sicherheitspolitik und „im politischen Umgang mit der Bundeswehr“. Der Wechsel zum Bau von Marineschiffen bringe Herausforderungen. Sie wisse aber um die große Innovationskraft der heimischen Wirtschaft. „Mecklenburg-Vorpommern ist mit einem blauen Auge aus der Werftenkrise herausgekommen. Wir können darüber glücklich sein, dass es so ist.“

Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) stellte klar: „Es gab keine Kampagne der Landesregierung gegen Genting. Es gibt keine Kampagne der Landesregierung gegen die Kreuzschifffahrt. Das ist schlicht falsch.“ Die Ursachen lägen in der Corona-Pandemie. „Wir haben alles dafür getan, zu versuchen, diese MV Werften zu retten.“ Es sei verständlich, dass sich jeder die Frage stelle, wie gehe ich mit dem Thema Wehrindustrie und militärischem Schiffbau um. Die SPD gestehe dem Koalitionspartner zu, eine andere Position zu vertreten.

Der Wirtschaftsminister erfuhr auf diversen Maritim-Konferenzen, dass Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Staaten eine leistungsfähige Wehrindustrie im Bereich Schiffbau fehle. Er sei sich bewusst, dass tkMS U-Boote baue, aber er wisse seit einem Besuch des Unternehmens auch, dass es in der Antriebstechnik weltweit führend sei und „seit 30 Jahren mit dem Thema Wasserstoff unterwegs ist“. Er dankte allen, die geholfen hätten, „kluge Lösungen für eine Zukunft“ zu finden.

## Achtung Wildtiere

Mehr Aufmerksamkeit und Rücksicht für Jungtiere bei der Frühjahrsmahd

■ Landwirtschaftliche Grünlandflächen werden zur Futtergewinnung geschnitten – bis zu fünfmal im Jahr. Die Frühjahrsernte bringt die beste Qualität und größte Menge. Wenn die Pflanzenwelt sprießt, ist auch Brutzeit für Wildvögel. Hasen und Rehe bekommen Nachwuchs. Landwirte sind sich bewusst, dass Jungtiere im hohen Gras versteckt, ihre ersten Tage verbringen. Es existieren zahlreiche Methoden, um Mähunfällen mit Wildtieren vorzubeugen. Denn die Mahd wird unbrauchbar, wenn Rückstände getöteter Tiere sie verunreinigen. Hier wollte die AfD mit einer Vorschrift einhaken. Das Grünland beginnend vom Inneren der Fläche nach außen zu mähen, böte Wildtieren eine Fluchtmöglichkeit. Was in anderen Bundesländern gesetzlich fixiert wäre, sei in MV zwar oft gängige Praxis, aber nicht verpflichtend, argumentierte die AfD.

Die beste Zeit für den hochwertigen ersten Grünschnitt falle in die Brut- und Setzzeit zahlreicher Wildarten, erklärte **Thore Stein** (AfD) dem Parlament. Moderne Technik erlaube schnelles Arbeiten, was entscheidend für die Qualität bei der Silagegewinnung sei. Doch für Wildtiere, die sich bis zum letzten Moment wegduckten, werde die Mähmaschine zur Gefahr. Auch dem Landwirt ginge es ans Gemüt, wenn ein Jungtier umkomme. Zur Verhinderung von Wildunfällen gehöre das zeit- oder kostenintensive Absuchen der Fläche mit Hunden oder Drohnen. Besser wäre eine leicht umsetzbare Methode, „die dem natürlichen Fluchtverhalten der Wildtiere gerecht werde“. Unter Berücksichtigung der geografischen Gegebenheiten „mäht [man] die Fläche einfach von innen nach außen“. So könne der Landwirt „durch eine relativ einfache Möglichkeit Tierleid vermindern“.



Foto: Jens Büttner

*Da nur wenige Tage alte Rehkitze und junge Hasen bei Gefahr abducken anstatt zu fliehen, werden sie häufig Opfer von Mähmaschinen.*

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** bescheinigte den Landwirtinnen und Landwirten, Jägerinnen und Jägern des Landes ein hohes Verantwortungsbewusstsein. Sie hätten sich des Themas bereits angenommen. Tierschutz sei in der Landesverfassung verankert und das ziehe sich „wie ein roter Faden“ durch bestehende Maßnahmen. So würden ungemähte Altgrasbestände als Rückzugsgebiet vorgehalten oder der Schnittzeitpunkt angepasst. Der Minister betonte „ausdrücklich“, dass die Eigeninitiative der Landwirte vor Mähbeginn mit den Jägern, Hunden und Drohnen durch den Bestand zu gehen, „wirklich Früchte trägt“. Er habe sich die Gesetzesinitiative der AfD in Ruhe angeschaut. Auch die Juristen bestätigten, es sei ein interessanter Gedanke und „tatsächlich nett gemeint, aber schlecht gemacht“. In MV werde in diesem Bereich nicht auf Gesetze gepocht, da die Kontrolle und Überwachung nicht gegeben seien.

Aus eigener Erfahrung als Landwirt sprach **Thomas Diener** (CDU) und bestätigte, es bringe viel, rechtzeitig mit den Jagdpächtern und Hunden durch die Wiesen zu streifen und so Rehe und Hasen zu vergrämen. Auch die Drohnenmethode sei effektiv. Moderne Landwirtschaftsmaschinen mit Wärmebildkameras oder Vergrämungsgeräuschen müsse sich der Landwirt leisten können. Wie im Antrag der AfD erwähnt, sei „es im ureigensten Interesse des Landwirts, keine toten

Tiere im Futter zu verarbeiten“, betonte der Abgeordnete. 100 Prozent Schutz für die Wildtiere sei unmöglich. „Das Mähen der Wiesen von innen nach außen gehört zur guten fachlichen Praxis eines jeden Landwirts, wenn das Bodenrelief es denn hergibt.“ Es stünden eine Reihe technischer Möglichkeiten zur Verfügung – manche erprobt, andere verbesserungswürdig – das solle man weiter forcieren. Den Gesetzentwurf lehne die CDU ab.

**Daniel Seiffert** (DIE LINKE) machte deutlich, dass die Mahd von innen nach außen nur bei Fluchttieren helfe. Die Verlagerung des Schnittzeitpunktes, insektenschonendes Mähen, die Anpassung der Schnitthöhe zum Schutz von Amphibien und kleinen Säugern könnten weiteren Arten gerecht werden. „Leider gibt es keine Maßnahme, die alle Tiere zu allen Zeitpunkten gleichermaßen schützt“, gab der Abgeordnete zu bedenken. Die Kombination verschiedener Methoden, entsprechend der Lage vor Ort, bringe Erfolg. Die Einbeziehung der lokalen Jagdpächter und Wildtierschutzvereine werde immer häufiger praktiziert. Landwirte seien „ganz klar problembewusst und haben selbst ein hohes Interesse daran, möglichst keine Wildtiere zu vermähen“. Der AfD-Vorschlag sei „dünn“, denn er konzentriere sich lediglich auf Fluchttiere. Das sei „zu kurz gegriffen und technisch schlecht umgesetzt. Meine Fraktion wird daher die Überweisung ablehnen.“

Landwirte seien bereits jetzt verpflichtet, in Zusammenarbeit mit Jägern, den Schutz der Wildtiere zu verwirklichen, stellte **Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) klar.

„Das gilt besonders in den Monaten April, Mai und Juni. Jene Zeit, in der Grünlandflächen die Kinderstube von Rehkitzen, Feldhasen und Bodenbrütern sind.“ Wichtig sei zu wissen, so die Abgeordnete, dass Kitze in den ersten Tagen nach der Geburt nicht flüchteten. „Die erprobten Wege zum Schutz von Rehkitzen und anderen Wildtieren sind vielfältig. Am erfolgreichsten funktioniert es dort, wo Landwirte, Jäger und Wildtierschutz in einem guten Netzwerk verbunden sind.“ Wenn die Akteure auf allen Ebenen „Hand-in-Hand“ arbeiteten, nutze es nicht nur den Tieren, sondern auch der Zivilgesellschaft, zeigte sich Anne Shepley überzeugt. Der AfD-Antrag werde „den mit der Rettung von Wildtieren anstehenden komplexen Fragen nicht ausreichend gerecht“ und finde deshalb nicht die Zustimmung ihrer Fraktion.

Die AfD fordere ein „Verbot“ und würde so eine zusätzliche Vorschrift schaffen, gab **Sandy van Baal** (FDP) zu bedenken. Das sei nicht im Interesse ihrer Fraktion. Der Antrag führe aus, dass sich die meisten Landwirte sowieso an die vorgeschlagene Methode halten. „Wir plädieren dafür, dass auf das bestehende Problem öffentlichkeitswirksam aufmerksam gemacht wird“, um für das Thema noch mehr zu sensibilisieren. Die Politikerin forderte die AfD auf, ihre Kontakte in die Landwirtschaft zu nutzen und so für die Mahd von innen nach außen zu werben. „Wir als FDP-Fraktion werden unsere Möglichkeiten nutzen, um auf das hier diskutierte Thema aufmerksam zu machen.“ Sandy van Baal war es ein persönliches Anliegen, „eine Lanze für die Jägerschaft [zu] brechen“. Sie und ihre Waidkollegen seien „immer vor Ort, wenn [...] um Hilfe gerufen wird“.

**Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) erläuterte, Rehkitze und Junghasen drückten sich immer flach an den Boden und flüchteten nicht, egal von welcher Seite das nahende Mähwerk komme. „Der Flug mit Drohnen, ausgestattet mit Wärmebildkameras, bietet heute die größten

Erfolgschancen, die Tiere zu retten.“ Der guten Zusammenarbeit von Landwirten und Jagdverband sei es kürzlich zu verdanken gewesen, dass auf 35 Hektar Grünland in Poseritz innerhalb von drei Stunden neun Kitze geborgen werden konnten. Es bliebe aber schwierig, weil „nahezu alle Landwirte in einer Region in einem relativ kleinen Zeitfenster den ersten Schnitt einbringen müssen, um witterungsbedingt und qualitätsbedingt [...] in hoher Qualität zu ernten“. Die geforderte Gesetzesänderung sei ungeeignet, war sich die Politikerin gewiss. „Die Zusammenarbeit von Jagdverbänden und Landwirten ist weiter zu unterstützen und die Investition in die Technik ebenfalls.“

**Thore Stein** (AfD) fasste am Ende zusammen: Das Problem sei bekannt und die Erörterung des Problems sei akzeptiert worden. Einigkeit bestünde, dass letztendlich mehrere verfügbare Möglichkeiten notwendig seien. Der AfD-Vorschlag sei „kein Allheilmittel“, aber er rege die Diskussion an. Es wäre gut, die Ideen im Ausschuss weiterzuverfolgen.

*Antrag der AfD Drucksache 8/764*

*Beschluss: Ablehnung der Überweisung  
Der Gesetzentwurf wird spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.*

## „Land|Retter“ wollen landesweit retten

Schaffung einer soliden Finanzierung und Rechtsgrundlage für das Ersthelferkonzept

■ Nach erster Beratung im Januar wurde der Antrag der FDP, Drucksache 8/251, zum Modellprojekt „LandRettung“ in die Ausschüsse verwiesen. Eine Öffentliche Anhörung verstärkte den anfänglichen Eindruck der Abgeordneten: „LandRettung“ sei ein hervorragendes System zur Unterstützung des Rettungsdienstes, besonders

im ländlichen Raum. Das Projekt umfasst vier Komponenten: das Training von Laien in der Reanimationstechnik, die Alarmierung kompetenter Ersthelfer mit der Smartphone-basierten „Land|Retter“-App, die Einführung eines Telenotarztsystems und die verbesserte Zusammenarbeit des Kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes und des Rettungsdienstes.

Die Landesregierung hatte bereits das erfolgreiche Modellprojekt „LandRettung“ in Greifswald finanziell gefördert. Nun ging es der FDP um eine Ausweitung des Konzeptes auf das ganze Land.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses, **Katy Hoffmeister** (CDU), berichtete von der Beratung und Anhörung im Ausschuss. Dort sei mit großem Nachdruck auf den Erfolg des Modellprojektes verwiesen und betont worden, dass die breite Befähigung zur Herzdruckmassage zentrales Element der Lebensrettung sei. Die Erfahrung aus Greifswald zeige, „dass sich Maßnahmen in diesen Bereich unter Einbezug der großen Öffentlichkeit sofort und fast unmittelbar auszahlen“. Das Sozialministerium habe geschätzt, dass für die landesweite Umsetzung des „LandRettung“-Systems „einmalige Kosten in Höhe von 654.500 Euro sowie jährliche Kosten in Höhe von 348.480 Euro“ anfielen.

Der Ausschuss habe die Entschließungsanträge der CDU und der FDP abgelehnt. Beide beinhalteten ähnliche Vorschläge zur Finanzierung, wonach die einmalige Anschubfinanzierung über den Landeshaushalt laufen könne, und die jährlichen Kosten durch öffentliche Träger und Krankenkassen übernommen würden. Der Ausschuss habe mehrheitlich beschlossen, dem Landtag die Ablehnung des ursprünglichen FDP-Antrages Drucksache 8/251 zu empfehlen.

Die SPD sehe ganz klar die Notwendigkeit, den Rettungsdienst im Land „weiterzuentwickeln und innovative Projekte zu diesem Zweck zu unterstützen“, erklärte **Christine Klingohr** (SPD) für ihre Fraktion. Die vorliegenden FDP-Anträge gingen „einerseits nicht genug in die Tiefe und andererseits greifen sie den laufenden Arbeiten an dem Thema vor“. Im November werde der Landesbeirat



Der Rettungsdienst soll mindestens 95 % aller Notfälle innerhalb von 10 Minuten erreichen und versorgen können. Foto: Jens Büttner

Rettungswesen ein Konzept zur Implementierung einer landesweiten Ersthelfer-App vorlegen. Darum baten SPD und DIE LINKE in ihrem Änderungsantrag die Landesregierung, „die nötigen finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die vorgeschlagene Weiterentwicklung des Rettungsdienstes zu prüfen“. Weitere Partner müssten zur Finanzierung der laufenden Kosten mit an Bord. Die Bereitstellung der Mittel zur Anschubfinanzierung aus dem aktuellen Haushalt sei „unrealistisch“. Darum werde dies für den Doppelhaushalt 2024/2025 geprüft. Im Antrag von DIE LINKE und SPD seien die systematischen Schritte für die Einführung des Ersthelfersystems dargelegt.

**Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) lobte den Antrag der FDP, der ein wichtiges Thema aufgreife und direkt Menschenleben retten könne. Er hatte hierzu die Zahlen bei der Hand: „In Deutschland sterben pro Jahr etwa 80.000 bis 100.000 Menschen an einem plötzlichen Herztod. Das sind ungefähr 250 Fälle pro Tag.“ Das Rettungsdienstgesetz sehe vor, dass der Rettungsdienst innerhalb von zehn Minuten den Notfallort erreichen solle. Diese Frist werde in MV sehr oft überschritten. Dabei sei hinlänglich bekannt, dass bereits nach drei Minuten Herzstillstand irreversible Schäden im Gehirn aufträten. „Wir können nicht mal zehn Minuten einhalten“, warnte er eindringlich. „Und dann kommt von der SPD der Vorschlag, lass uns doch noch Monate warten, bis wir etwas auf den Weg bringen.“ Das sei für den Abgeordneten „nicht tragbar“. Darum stimme seine Fraktion der

FDP-Drucksache zu und lehne den Änderungsantrag von DIE LINKE und SPD „natürlich entschieden ab“.

**Harry Glawe** (CDU) verwies auf den Erfolg des Pilotprojektes „Land|Retter“. Nun werde auf die Empfehlungen des Landesbeirats Rettungswesen gewartet. Diese werden nicht von den im Modellprojekt gewonnenen Erfahrungen abweichen. Er erinnerte das Parlament daran, dass „aus dem Gesundheits- und Präventionstopf eine Erweiterung auf die Mecklenburgische Seenplatte auf den Weg gebracht“ wurde. Harry Glawe hatte kein Verständnis für das Zögern von SPD und DIE LINKE. „Und wenn sie gewollt hätten, dann hätten sie das jetzt schon im Haushalt eingestellt“, richtete er an die Kollegen der Koalition. Eigentlich habe er erwartet, dass der FDP-Vorschlag „mit wehenden Fahnen“ aufgegriffen würde. Nun werde bis zum nächsten Doppelhaushalt gewartet. „Dieser Antrag muss nicht verschoben werden, man sollte sofort handeln und ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger und die Menschen erwarten das auch von diesem Hohen Haus und vor allen Dingen von Rot-Rot“, war sein Fazit.

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) rief die Januar-Beratung in Erinnerung, wo von allen Seiten bestätigt wurde, wie gut und bedeutsam der FDP-Antrag sei. „Weil Lebensrettung so ein wichtiges Thema ist, haben wir gesagt, eine vertiefende Behandlung im Ausschuss kann uns alle schlauer machen“, begründete er die Zustimmung zur Ausschuss-Überweisung. Die Regierungskoalition schlage nun ein gründliches und systematisches Vorgehen vor. Der Landesbeirat Rettungswesen sei dabei, ein Konzept für die Ausweitung der Ersthelfer-App auszuarbeiten. Das werde im Oktober vorliegen. Bis zum neuen Jahr schaue sich das Sozialministerium den Entwurf an. Dann würden die Umsetzungsschritte festgelegt. Das sei sehr verbindlich. Es könnte alles schneller gehen, aber, „weil es ja ums Leben geht“, wollten die Regierungsfractionen „das solide machen“. Denn „Gründlichkeit [geht] vor Schnelligkeit“, gab Torsten Koplín zu bedenken.

**Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellte fest, dass es doch um

die Einführung eines Verfahrens ginge, wozu schon ein von Spezialisten ausgewertetes Modellprojekt existiere. Der „erhebliche Mehrwert“ des FDP-Antrages liege darin, dass Ersthelfer schneller als der Rettungsdienst vor Ort sein könnten. Es sei ihm „völlig unverständlich“ wieso diesem FDP-Antrag nicht einfach zugestimmt werde, „denn da steht ja alles drin“, was im neuen Antrag von DIE LINKE und SPD auch stehe. Er fände es unverständlich, wie die Regierungsfractionen mit einem alle Seiten interessierenden Thema umgingen: „man sagt, das lehnen wir ab und wir haben ja was Eigenes“. Aber dann verzögere sich die Umsetzung, bedingt durch die Doppelhaushaltsstrategie. Die Diskussion habe verdeutlicht, wie viele Leben gerettet werden könnten. Und nun lasse man das mehrere Jahre liegen. Das sei seine Hauptkritik.

**David Wulff** (FDP) rang um eine Einordnung der Debatte. Nicht nur in der ersten parlamentarischen Beratung des Themas wäre sehr deutlich geworden, dass es um ein gemeinsames Unterfangen ginge, womit das Land „nach vorne“ gebracht würde. Besonders im Ausschuss herrschte „so eine Einmütigkeit“, wie er sie noch nie erlebt habe. Und nun höre er „Gründlichkeit vor Schnelligkeit“ und die FDP greife dem Thema vor. Gründlichkeit sei wichtig, aber mittlerweile sei nun schon ein halbes Jahr verstrichen. Der Abgeordnete war überzeugt, dass die FDP einen vernünftigen Fahrplan und ein Konzept vorgelegt habe. Sein Lösungsansatz für die 654.000 Euro Anschubfinanzierung vom Land sei der Änderungsantrag zum Haushalt. „Kein Problem. Sie brauchen nur ‚Ja‘ sagen.“ Es gäbe positive Signale von den Krankenkassen für gewisse finanzielle Unterstützung. Auch die Helfer könnten in Zusammenarbeit mit den Verbänden aktiviert werden. Damit wäre doch alles verfügbar.

Antrag FDP Drucksache 8/251

Beschluss: Ablehnung

Änderungsantrag DIE LINKE und SPD Drucksache 8/1098

## Effizienzkurve für den ÖPNV

Der ÖPNV soll bevorzugte Wahl für die Mobilität der Menschen im Land werden

■ Während der Corona-Pandemie haben viele Menschen das eigene Auto dem Bus oder der Bahn vorgezogen. Oft sind sie aber gleich zu Hause geblieben. Die dadurch eingebrochenen Fahrgastzahlen im ÖPNV haben sich bisher nicht erholt. Nun stehen Verkehrsträger und Kommunen vor Herausforderungen, für die sie mehr Unterstützung vom Land benötigen. Mit ihrem Antrag unterbreitete BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Vorschläge, um den ÖPNV wieder „fit zu machen“. Ziel sei, bis Ende 2022 die Anzahl der Fahrgäste auf das Niveau von vor der Corona-Krise zu steigern und bis zum Jahr 2030 möglichst zu verdoppeln. Ein Eckpfeiler dafür müsse ein abgestimmtes Landesverkehrskonzept sein. Weiterhin möge das Land eine Million Euro für eine ÖPNV-Werbekampagne, eine Beratung und eine Anschubfinanzierung zur Attraktivitätssteigerung in die Hand nehmen. Erstmals wurde dieser Antrag in der März-Sitzung behandelt. Nach Beratung im Wirtschafts- und Finanzausschuss folgte im Mai ein tiefgründiges Expertengespräch. Der Wirtschaftsausschuss empfahl dem Parlament seiner Entschließung zuzustimmen und den Antrag abzulehnen.

Rainer Albrecht (SPD) nannte die Beratungen des Wirtschaftsausschusses „ziel führend und fruchtbar“. Fraktionsübergreifend sei man sich einig gewesen, den ÖPNV zu stärken, „und das Mobilitätsangebot insbesondere in den ländlichen Räumen deutlich auf[z]uwerten“. Es gebe aber nicht „die eine Lösung“. Darum führe die Entschließung mehrere Schwerpunkte an, die zudem realisierbar seien. Dazu gehörten regionale Verkehrsverbände, ein Dachtarif für das Land, ein einheitliches Fahrplan-Informationssystem, Taktverdichtungen und, wenn das Geld reiche, auch Streckenreaktivierungen.

Einigkeit bestünde ebenfalls darin, dass die Anbindung aller Dörfer nur mit dem Rufbussystem bezahlbar sei. Dies mag nicht jedem genug sein, resümierte der Abgeordnete, aber als Regierungsfraktion müsse man am Ende auch liefern. Darum stimme die SPD der Entschließung zu, den Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehne sie ab.

Der Änderungsantrag finde nicht die Zustimmung seiner Fraktion, die Ausschussempfehlung hingegen schon, konnte Stephan Reuken (AfD) mitteilen. Denn die Entschließung enthalte Ideen, die von der AfD seit Jahren gefordert würden, wie zum Beispiel der Landesverkehrsverbund, wengleich es in der Beschlussempfehlung anders formuliert sei. Bedenken habe er, wenn suggeriert werde, „dass schon bald mehr Menschen mit dem ÖPNV fahren als mit dem Auto“. Dem sei nicht so. Es „ist eine der größten Errungenschaften“, dass dem Auto für die individuelle und unabhängige Fortbewegung „eine überragende Stellung“ zukomme. Das zu ändern, würde „massive staatliche Eingriffe und Lenkung, um nicht zu sagen Zwang“ bedeuten. Der ÖPNV wird auch in Zukunft immer eine Ergänzung zum Auto sein können. Das entbinde den Staat nicht von der Pflicht, in den ÖPNV zu investieren, ihn attraktiv zu gestalten, denn er gehöre zur „Daseinsvorsorge“.

Die „spannende“ Ausschussaussprache verdeutliche, „wie dramatisch die Situation der Verkehrsbetriebe im Land Mecklenburg-Vorpommern tatsächlich auch war und ist“, berichtete Daniel Peters (CDU). Das 9-Euro-Ticket habe die Fahrgastzahlen zwar erhöht, aber was komme danach? In der Expertenanhörung hätten die Verkehrsunternehmen die Prioritätensetzung des Landes „ernsthaft in Zweifel gezogen“. Bevor Sondertickets eingeführt würden, müsse die Angebotsstruktur verbessert werden. Also, zuerst das Rufbussystem installieren und das Seniorenticket danach einführen. Das werde gerade andersherum gehandhabt. Wie solle dann das Seniorenticket überhaupt genutzt werden? Denn ohne Angebot keine Inanspruchnahme. Das sei auch die Position der CDU und darum werde sich seine Partei bei der Beschlussempfehlung enthalten. „Das reicht uns bei weitem nicht aus und [wir] werden

dem Änderungsantrag der Grünen die Zustimmung geben.“

Henning Foerster (DIE LINKE) stimmte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, dass ein attraktiver ÖPNV und Schienenverkehr „entscheidende Stellschrauben für die Verkehrswende und das Erreichen der selbstgesteckten Klimaschutzziele sind“. Durch den Austausch im Ausschuss seien „alle wieder ein Stück klüger geworden“. Das werde anhand der im Entschließungsantrag gelisteten Vorhaben deutlich. Ein Kernstück sei das landesweite Rufbussystem, ergänzt von einer Anwendung für den Abruf der Fahrpläne und Tarife in Echtzeit. Darüber hinaus werde der „Ticketvertrieb gebündelt und ein Dachtarif für Fahrten über Kreisgrenzen hinweg geprüft“. Das schließe die „Vernetzung von Bahn, Bus und Rufbus auch über Kreis- und Landesgrenzen hinweg“ ein. Da die Finanzen begrenzt seien, müsse sich auf Schlüsselvorhaben konzentriert werden. Diese seien im Koalitionsvertrag ausgearbeitet. DIE LINKE stimme der Entschließung zu, aber nicht dem Antrag.

Das 9-Euro-Ticket habe bewiesen, wie Maßnahmen erfolgreich die Fahrgastzahlen erhöhen können, zeigte Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) auf. Dadurch habe sich der Antrag ihrer Fraktion teilweise überholt, mache aber auch deutlich, dass dringender Handlungsbedarf über das 9-Euro-Ticket hinaus bestünde. Die Ausschussdiskussion habe „bestätigt, dass die Angebotsdichte im Land dringend verbesserungswürdig ist. MV liegt im bundesweiten Vergleich auf Platz 16 von 16 Bundesländern“. Ideal wäre ein stündlicher Taktverkehr, der alle öffentlichen Verkehrsmittel verknüpfe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte die geplante Koordination durch die Verkehrsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern (VMV) für einen Interessenkonflikt. Außerdem fehle in der Aufgabenliste für die VMV die wesentliche Aufgabe der abgestimmten Fahrpläne. Das sei „die eigentliche Herausforderung“. Daher stimme BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem eigenen Änderungsantrag zu, aber nicht dem Entschließungsantrag.

Auch für David Wulff (FDP) sei die Anhörung im Ausschuss „sehr erhellend“ gewesen. Beim Thema 9-Euro-Ticket sehe

man, dass dieses Angebot gerade im ländlichen Raum weniger genutzt werde, denn „da haben wir dann definitiv die Angebotsdefizite“. Darum agiere die Landesregierung hier „kontraproduktiv“. Ziel müsse eine Nachfragersteigerung sein. Die Aufzählung der Maßnahmen in der Entschließung sei „dünn“, stellte der Abgeordnete fest. Er sei nicht überzeugt, dass das Rufbussystem „das Allheilmittel“ sei. Es fehle der Lösungsansatz für den Fachkräftemangel, also das Fahrpersonal, „denn zum autonomen Fahren habe ich auch noch nichts gefunden“, fügte er hinzu. Somit bleibe die Entschließung weit hinter den Erwartungen zurück. Dabei wäre seine Fraktion bereit unterstützend mitzuwirken, um „mit großen Schritten in dieser Thematik voranzugehen“. Die FDP werde das weiterhin kritisch begleiten. Heute enthalte sie sich bei der Entschließung und stimme für den Änderungsantrag.

Der Diskussionsprozess im Ausschuss sei gut gewesen, zeigte sich Wirtschaftsminister **Reinhard Meyer** (SPD) zufrieden, aber es müsse noch ein wenig sortiert werden. Einiges aus dem Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei „Kür“, wie die Werbekampagne, die Dachmarke, das Design. Im Kern gehe es doch um andere Probleme: „Taktverdichtungen, Angebotsoptimierung, Vernetzung über Kreise hinaus sind wichtige Themen“. Der Koalitionsvertrag beinhalte mit dem Azubi-Ticket, dem Seniorenticket und dem Rufbussystem drei wesentliche Punkte, die haushälterisch untersetzt und in der Umsetzung seien. Der Minister brachte noch „alternative Antriebe“ auf der Regionalexpresslinie 4 in die Diskussion ein: „Auch das ein Zeichen, dass wir es ernst meinen mit dem Klimaschutz“. Er wolle anregen, das Sondervermögen auf den Prüfstand zu bringen, denn er „glaube, wir müssen schneller handeln als wir uns das mal vorgenommen haben“.

*Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Energie, Tourismus und Arbeit  
Drucksache 8/775  
Beschluss: Annahme  
Änderungsantrag BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN Drucksachen 8/1093  
Beschluss: Ablehnung*

## Frauentag – ein Feiertag für alle

Der 8. März wird ab 2023 landesweiter gesetzlicher Feiertag

■ **In mehr als 20 Ländern der Welt ist der Frauentag Feiertag, in der Bundesrepublik bislang nur in Berlin. Mit der landesweiten Einführung des 8. März als gesetzlichen Feiertag wird ein Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt. In Zweiter Lesung wurde in der Juni-Sitzungswoche der Gesetzentwurf von DIE LINKE und SPD mehrheitlich angenommen. Von 2023 an wird am 8. März nicht nur arbeitsfrei sein, sondern es werden auch Aktionen und Veranstaltungen zur Gleichstellung der Frauen stattfinden. In Vorbereitung der Abstimmung im Landtag gaben im Rechtsausschuss Repräsentanten der Gewerkschaften, der IHK, der Berufs- und Interessenverbände ihre unterschiedlichen Einschätzungen zu den Auswirkungen eines zusätzlichen Feiertages ab. Die finanziellen Folgen konnten von der Landesregierung nicht präzise beziffert werden. Es werde ein Ausgleich der positiven wie negativen Effekte erwartet. AfD, CDU, FDP verwehrten sich nicht dem Thema der Gleichberechtigung, wollten aber mit Änderungsanträgen eine Verschiebung der Einführung des Feiertages auf 2025 (AfD) oder 2026 (CDU, FDP) erwirken. Wegen der Ablehnung ihrer jeweiligen Änderungsanträge stimmten diese drei Parteien gegen den Gesetzentwurf. Ein klares Bekenntnis zum Feiertag der Frauen gab es von SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**Michael Noetzel** (DIE LINKE) berichtete dem Parlament von den Beratungen im Rechtsausschuss. Bei der öffentlichen Anhörung am 11. Mai 2022 sahen die Gewerkschaften und der Landesfrauenrat im Feiern des 8. März „ein Zeichen für die Gleichberechtigung der Geschlechter“. Hingegen nannte die IHK das Vorhaben „eine unzeitgemäße

Belastung der Wirtschaft“, die noch mit den Folgen von Corona, Inflation und dem Ukrainekrieg ringe. Die Kommunen begrüßten den Feiertag, erklärte der Abgeordnete, waren sich aber auch des entstehenden zusätzlichen Verwaltungsaufwands bewusst. Der Ausschuss lehne eine Verschiebung der Einführung des Feiertages, wie von AfD, CDU und FDP aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage vorgeschlagen, mehrheitlich ab und empfehle, die unveränderte Fassung des Gesetzentwurfes anzunehmen.

**Mandy Pfeifer** (SPD) freute die Umsetzung des Versprechens der Koalition und richtete an die Kritiker: „Wir haben oft gehört, dass dieser Feiertag die Wirtschaft überfordern wird.“ Fakt sei jedoch, fuhr sie fort, dass ein weiterer Feiertag in MV „längst überfällig“ sei. Denn MV sei eines der Bundesländer mit den wenigsten Feiertagen. Einer mehr davon werde zum sogenannten weichen Standortvorteil, der zur „Verbesserung der Work-Life-Balance in unserem Land“ beitrage.

Aber am wichtigsten sei der SPD der gesellschaftspolitische Aspekt. „Es gibt noch eine Reihe offener Forderungen, wenn es um Gleichstellung von Frau und Mann in der Gesellschaft geht“. Das betreffe gleiches Geld für gleiche Arbeit, gute Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, mehr Frauen in Führungspositionen. Der 8. März eigne sich, um diese Themen zu befördern, versicherte Mandy Pfeifer.

Für **Dr. Eva Maria Schneider-Gärtner** (AfD) sei die Einführung des Frauentages als Feiertag reine „Symbolpolitik“. Das trüge die AfD nicht mit. Stattdessen müssten die realen Probleme der Frauen angegangen werden. Dazu gehöre, die Wahl zwischen Beruf und Familie nicht von finanziellen Zwängen abhängig zu machen. Auch „die Aufstockung der Elternerziehungs- und Pflegezeiten wäre beispielsweise ein echter Beitrag für mehr Gerechtigkeit im Leben von Frauen“.

Ein Feiertag verursache natürlich Kosten, stellte die Politikerin klar. Eine Kleine Anfrage der AfD bezüglich der zu erwartenden Mehrkosten erhielt keine konkrete Antwort. Da sich das Gesetz aufgrund der Mehrheitsverhältnisse im

Parlament nicht verhindern lasse, beantrage die AfD die Verschiebung des Inkrafttretens auf den 1. 1. 2025. Denn „die Einführung [jetzt] wäre volkswirtschaftlich völlig verantwortungslos“.

**Sebastian Ehlers** (CDU) hielt die Bedeutung des 8. März als internationalen Frauentag für unstrittig. „Chancengleichheit für Frauen im Erwerbsleben, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, der Kampf gegen Gewalt an Frauen, die Gleichstellung der Geschlechter sind Themen für jeden einzelnen Tag.“ Da helfe ein zusätzlicher arbeitsfreier Tag „kein Stückchen“. Hingegen wäre die Förderung der Gleichberechtigung im Alltag der richtige Ansatz. Es stimme, dass es in Bayern die meisten Feiertage gäbe, aber Bayern liege auf dem 3. Platz beim Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt und MV auf dem „sensationellen“ 16. Platz.

Als „konstruktive Opposition“ schlage die CDU gemeinsam mit der FDP eine zeitliche Verschiebung auf den 1. 1. 2026 vor. Sollte der Änderungsantrag, trotz anderslautender Signale der Koalition, keine Mehrheit erhalten, dann lehne die CDU den Gesetzentwurf ab.

„Was für ein guter Tag für unser Land!“, gab **Elke-Annette Schmidt** (DIE LINKE) ihrer Begeisterung Ausdruck. Es ginge um viel mehr als um „Symbolpolitik“. Denn die tatsächliche Gleichberechtigung sei weit von der fortgeschrittenen gesetzlichen Gleichstellung entfernt. Sie kündigte Aktivitäten rund um den 8. März an, die darauf reflektieren werden. Gleichzeitig freute sie sich, dass am heutigen Tag „eine interministerielle Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden [ist], um ein gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für dieses Land zu etablieren und auf den Weg zu bringen.“ Aus der Ausschlussdiskussion waren ihr folgende Punkte besonders wichtig. Der Frauentag habe eine herausragende Bedeutung. Er sei ein „Zeichen der Demokratie in diesem Land“. Als Unterbrechung des Arbeitsalltags biete er sozio-ökonomische Aspekte und bringe „positive Effekte für die Regeneration, die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen“.

**Anne Shepley** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärte für ihre Fraktion, dass diese die Einführung des Frauentages als Feiertag „ausdrücklich begrüßt“. Die noch immer „weit hinterherhinkende Gleichstellung aller Geschlechter“ brauche „ein breites gesellschaftliches Bewusstsein“. Sie lasse auch die Argumente gegen die Einführung des Feiertages nicht gelten, denn nicht alle Branchen seien Verlierer. Im Tourismus und der Gastronomie „brummt“ an Feiertagen das Geschäft im Land.

Die CDU und FDP bat sie, sich in die Lage der Arbeitnehmer zu versetzen. Diese arbeiten statistisch gesehen länger und „für im Durchschnitt weniger Geld als in anderen Regionen“.

Die durch die Änderungsanträge angeregte Verzögerung sei „fehl am Platz“. Es mache keinen Sinn, auf die „richtige“ Zeit oder auf die „perfekten wirtschaftlichen Verhältnisse“ bis zum „Sankt-Nimmerleins-Tag“ zu warten.

**René Domke** (FDP) umriss deutlich die Position seiner Fraktion zum Gesetz: „ein Wahlgewinn zulasten Dritter wird gegen erhebliche Bedenken aus der Wirtschaft durchgesetzt“. Es werde suggeriert, „allein ein freier Tag setze jetzt ein Zeichen für die Gleichstellung der Geschlechter“. Die FDP werde nicht zustimmen, es sei denn, es werde am Termin der Einführung gearbeitet. Nicht weil die FDP den Menschen im Land „keinen zusätzlichen freien Tag gönnt“

oder weil seine Partei die Intention des Feiertages hinterfrage. Er habe sogar angeregt, die Mittel unmittelbar in Gleichstellung zu stecken. Aber anstatt in der Krise die „Ärmel hochzukrempeln“, werde ein Feiertag eingeführt. Die IHK habe die gesamtwirtschaftlichen Kosten mit 58,5 Millionen Euro berechnet. Die Landesregierung könne dazu keine konkreten Zahlen liefern. Einen Feiertag müsse man sich leisten können und das sehe er nicht in dieser Situation.

*Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE und SPD Drucksache 8/404*

*Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses*

*Drucksache 8/793*

*Beschluss: Unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung*

*Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und FDP Drucksachen 8/1085*

*Beschluss: Ablehnung*

*Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksachen 8/1091*

*Beschluss: Ablehnung*

## Landtag trauert



Der Landtag MV trauert um Walter Goldbeck, den ehemaligen Vorsitzenden der FDP in Mecklenburg-Vorpommern. 1990 leitete der gelernte Schlosser und Lehrer den Aufbaustab zur Vorbereitung der ersten Landtagssitzung am 26. Oktober 1990. Goldbeck war Mitglied der Kommission zur Erarbeitung einer Landesverfassung für Mecklenburg-Vorpommern. Er wurde 1990 in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern gewählt und war dort von 1990 bis 1994 Vorsitzender der FDP-Fraktion. Mit dem Scheitern der FDP an der Fünf-Prozent-Hürde bei den Landtagswahlen 1994 schied er aus dem Parlament aus und zog sich anschließend aus der aktiven Politik zurück.

Foto: Andreas Frost



Foto: Landtag MV

v.l.n.r.: Franz-Robert Liskow (CDU), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, René Domke (FDP), Alexander Schmidt (stellvertretendes Mitglied des LVerfG), Dorothea ter Veen (Mitglied des Landesverfassungsgerichtes), Julian Barlen (SPD), Elke Brunotte (Stellvertreterin der Vizepräsidentin des Landesverfassungsgerichtes), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Kai Danter (stellvertretendes Mitglied des LVerfG), Enrico Schult (AfD), Jeannine Rösler (DIE LINKE)

## Meldungen

### Aufbaufonds für die Ukraine

Im Dezember 2017 wurde aus Mitteln des Landeshaushaltes ein Sondervermögen „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ eingerichtet. Es dient der Finanzierung von wegweisenden Zukunftsprojekten und Programmen und wird vom Finanzministerium, getrennt vom übrigen Vermögen des Landes, verwaltet.

Seit Mai 2020 muss auch der Landtag Mittelverwendungen zustimmen.

Darum erklärte Tilo Gundlack (SPD) als Vorsitzender des Finanzausschusses die Beschlussempfehlung für die Umwidmung der Mittel der „Anschubfinanzierung für den Verein Deutsch-Russische Partnerschaft e.V.“. Auf Antrag von SPD und DIE LINKE sollen diese Gelder in das neue Projekt „Aufbaufonds zur humanitären Hilfe für die Ukraine“ fließen.

Dieser Ukrainefonds könne Unterstützungsangebote für derzeit ungefähr 20.000 ukrainische Flüchtlinge in MV finanzieren, erklärte Sozialministerin Stefanie Drese (SPD). Aber auch die finanzielle Förderung von Hilfstransporten oder Wiederaufbauprojekten in der

Ukraine werde in Betracht gezogen. Letzteres irritierte die CDU, denn noch im März war ein diesbezüglicher Dringlichkeitsantrag der Opposition aus haushaltsrechtlichen Gründen abgelehnt worden.

DIE LINKE betonte die Signalwirkung dieser Umwidmung an die Ukraine als auch an Russland. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fragte, warum die Summe von 350.000 Euro im Antrag nicht genannt werde. Hier sei Transparenz geboten. Generell sei das eine kleine Summe für einen Ukrainefonds. Dem stimmte die FDP zu, fand aber, dass es für den Deutsch-Russischen Partnerschaftsverein eine recht große Summe war.

Wenngleich humanitäre Hilfe von der AfD begrüßt werde, sei dies „eine originäre Aufgabe der Bundespolitik“. Unverbraachte Mittel aus dem Strategiefonds, sollten dem Landeshaushalt zurückgeführt werden. Bei Enthaltung der AfD, stimmten alle anderen Fraktionen der Empfehlung des Finanzausschusses zu.

Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses  
*Drucksache 8/644*  
*Beschluss: Annahme der Beschlussempfehlung*

### Neue Repräsentanten für das Landesverfassungsgericht

Nach Ablauf ihrer zwölfjährigen Amtszeit sind ein Mitglied und zwei stellvertretende Mitglieder des Landesverfassungsgerichtes (LVerfG) ausgeschieden. Der Landesverfassung folgend, ist es die Aufgabe des Besonderen Ausschusses des Landtages, die Neubesetzungen zu beraten und zu prüfen. Ein mehrheitlicher Ausschussbeschluss autorisierte Prof. Dr. Robert Northoff (SPD), dem Landtag die folgenden Vorschläge zu unterbreiten. Für das ausgeschiedene Mitglied des LVerfG Mathias Wähler möge die Richterin am Oberverwaltungsgericht und bisheriges stellvertretendes Mitglied des LVerfG Dorothea ter Veen für den Rest ihrer Amtszeit als volles Mitglied gewählt werden.

Weiterhin wurde vorgeschlagen, die Kreisverwaltungsdirektorin Elke Brunotte zur Stellvertreterin der Vizepräsidentin des LVerfG für den ausgeschiedenen Amtsinhaber Dr. Joachim Kronisch zu wählen.

Es wurde empfohlen, den Richter am Oberverwaltungsgericht, Kai Danter, zum stellvertretenden Mitglied des LVerfG für den Ausscheidenden Fabian Rüsck zu wählen.

Die vierte Empfehlung war, den Rechtsanwalt Alexander Schmidt zum stellvertretenden Mitglied des LVerfG für die



v.l.n.r.: Birgit Hesse (Landtagspräsidentin), Dirk Fuhrmann (Vize-Präsident des LRH), Dr. Martina Johannsen (Präsidentin des LRH), Elke-Annette Schmidt (2. Vizepräsidentin des Landtages MV)

bisherige Stellvertretende Dorothea ter Veen zu wählen.

Die geheime Wahl in zwei Wahlgängen wurde am Ende des ersten Juni-Sitzungstages durch die 2. Vizepräsidentin des Landtages, Elke-Annette Schmidt (DIE LINKE), geleitet.

Mit dem ersten Wahlgang wurde das neue Mitglied des Landesverfassungsgerichts bestimmt und im zweiten die stellvertretenden Mitglieder. Alle vier Kandidatinnen und Kandidaten erreichten die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Am nächsten Tag, am 29. Juni, vereidigte Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD) die neuen Amtsträger.

### Wahl

Gemäß Landesverfassung und Geschäftsordnung des Landtages muss eine Wahl durch die Abgeordneten in geheimer Wahl, mittels Stimmzettel erfolgen. Hierfür werden die Abgeordneten namentlich aufgerufen, ihnen ein Stimmzettel ausgehändigt, der in der Wahlkabine gekennzeichnet und dann in die Urne geworfen wird. Die Sitzung wird für die Stimmauszählung unterbrochen und das Ergebnis vom Sitzungsleiter bekannt gegeben. Die Berechnung einer Zweidrittelmehrheit erfolgt auf Basis der Summe der Ja- und Nein-Stimmen, ohne Berücksichtigung der Enthaltungen und ungültigen Stimmen.

### Neuer Vizepräsident des Landesrechnungshofs

Die Landesregierung schlug dem Landtag vor, den bisherigen Abteilungsleiter des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern, Dirk Fuhrmann, zum Vizepräsidenten der obersten Landesbehörde der Finanzkontrolle zu wählen.

Die Wahl wurde zum Abschluss des ersten Sitzungstages im Juni durch die 2. Vizepräsidentin des Landtages, Elke-Annette Schmidt (DIE LINKE), geleitet.

Gemäß Landesverfassung und Geschäftsordnung des Landtages muss eine Wahl durch die Abgeordneten in geheimer Wahl, mittels Stimmzettel erfolgen. So auch für das Votum zum Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes.

Die Auszählung der Stimmen ergab eine Wahlbeteiligung von 70 Abgeordneten. Alle 70 Stimmen waren gültig. 58 Abgeordnete stimmten für den Kandidaten, acht Parlamentarier stimmten mit Nein und vier enthielten sich der Stimme. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde erreicht und Dirk Fuhrmann für die Dauer von 12 Jahren zum Vizepräsidenten des Landesrechnungshofes Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Herr Fuhrmann nahm die Glückwünsche der Repräsentanten der Fraktionen entgegen und bestätigte, dass er die Wahl annimmt.

### Mit 16 Jahren wählen gehen

Eine der zahlreichen Lesungen verschiedener Gesetzesentwürfe in der Juni-Sitzungswoche war der Vorschlag der Landesregierung, das Mindestwahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre zu senken. Was schon seit 1999 für die Kommunalwahlen gängige Praxis sei, solle auch auf Landesebene greifen. Im Prinzip wolle man nur eine Zahl austauschen, leitete Innenminister Christian Pegel (SPD) die Begründung ein. Dies hätte eine große Wirkung: die Teilhabe junger Menschen am demokratischen Prozess. Der Anteil der wahlberechtigten Bürger in MV würde um 1,9 Prozent steigen. Eine Änderung der Landesverfassung sei nicht notwendig, da diese das Wahlalter nicht erwähne. Allerdings brauche es eine Anpassung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes per Gesetzgebung. Darum nun dieser Gesetzesentwurf. Unverändert bleibe das Mindestalter von 18 Jahren, um als Volksvertreter kandidieren zu können.

Die AfD begrüßte, dass der Gesetzesentwurf gleichzeitig eine Förderung der politischen Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich erwähne. Ihr fehlten hierzu jedoch die Details. Für DIE LINKE sei die Einbeziehung Jugendlicher in die Landtagswahl eine „Frage des Fortschritts“. Die SPD berichtete, dass das Wahlalter eines der Themen sei, über das am häufigsten mit Jugendlichen gesprochen würde. Die CDU fand den Antrag etwas „mühevoll konstruiert“, sei aber stets dafür, junge Menschen zum politischen Engagement zu ermutigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädiere seit Jahren für das Wählen mit 16, bemängelte aber auch fehlende Angaben zur begleitenden Bildungsarbeit. Für die FDP sei ein Wahlrecht mit 16 Jahren logisch, denn mit diesem Alter könne man auch Mitglied einer politischen Partei werden.

Trotz Detailfragen waren sich die Parteien grundlegend einig und beschlossen einstimmig die Überweisung in die Ausschüsse.

*Antrag Landesregierung*

*Drucksache 08/737*

*Beschluss: Einstimmige Überweisung an Innenausschuss, Rechtsausschuss, Sozialausschuss*



Zukünftig ist der Ferienhort in Mecklenburg-Vorpommern beitragsfrei.

## Mehr Ferienhort ab Sommer 2022

Neben der gebührenfreien Kita soll der kostenfreie Ferienhort Mecklenburg-Vorpommern zu einem familienfreundlicheren Land machen. Der während der Corona-Pandemie eingeführte beitragsfreie Sommerferienhort soll ab dem 1. Juli 2022 für alle Ferien dauerhaft weitergeführt werden, erklärte die SPD. Bildungsministerin Simone Oldenburg (DIE LINKE) detaillierte die neue Regelung: arbeiteten beide Eltern mehr als 30 Stunden wöchentlich, könne das Kind für täglich 10 Stunden in den Ferienhort. Arbeiteten sie weniger, dann stehe der Platz für 6 Stunden bereit. Das Gesetz sei ein „Schnellschuss“. Die Koalition mache den zweiten Schritt vor dem ersten, urteilte die FDP. Die CDU sehe in dem überstürzten Gesetzentwurf eine „gewisse Eile“ bei der Abarbeitung des Koalitionsvertrages. Da es nicht genügend Hortplätze gebe, würden viele Kinder leer ausgehen, warnte BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Darum schlug die Jamaika-Opposition von FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem eigenen Antrag einen Stufenplan zur Verbesserung der Betreuungsqualität vor. Mit einem angepassten Betreuungsschlüssel, kleinerer Gruppengröße und mehr Personal könne der steigenden Nachfrage begegnet werden. Die Vorschläge der Opposition seien im Koalitionsvertrag schon enthalten, entgegnete Ministerin Oldenburg. Die Fachkräfteoffensive werde weitere Qua-

litätsverbesserung bringen, stellte DIE LINKE heraus und verdeutlichte, wie „sozialpolitisch wichtig und richtig“ der gebührenfreie Hort sei.

Kein anderes Bundesland leiste sich diesen „Luxus“, konstatierte die AfD. Aus strukturellen und haushaltspolitischen Erwägungen könne sie nicht zustimmen. CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich. Der Oppositionsantrag wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen und der AfD abgelehnt.

*Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 8/610*

*Beschluss: Annahme des Gesetzentwurfes  
entsprechend der Beschlussempfehlung  
des Bildungsausschusses  
(Drucksache 8/746)*

*Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU  
und FDP Drucksache 8/768*

*Beschluss: Ablehnung des Antrages*

## Neues Verfahren bei Kita-Finanzierung

Seit der Elternbeitragsfreiheit für Kindertagesstätten im Jahr 2020 besuchen mehr Kinder die ungefähr 1.000 Kitas im Land. Die Aufwendungen werden von den Gemeinden, den Kreisen und zu 54,5 Prozent vom Land getragen. Basierend auf der Kostensituation von 2018 zahlt das Land vierteljährliche Abschläge. Diese wurden im Jahr 2019 und 2020 um jeweils 2,3 Prozent gesteigert, aber erst mit der Jahresabrechnung be-

kommen die kommunalen Träger die vollen Kosten erstattet. Zu spät und zu wenig – melden die Kommunen, die angesichts der Bürde der Vorfinanzierung sowie stark steigender Personalkosten mancherorts Haushaltssperren erlassen mussten.

Mit der Gesetzesvorlage zur Änderung des Kindertagesförderungsgesetzes wollen DIE LINKE und SPD den Kommunen realistische Abschlagszahlungen ermöglichen. Parallel dazu soll das Bildungsministerium in Absprache mit dem Finanzministerium ermächtigt werden, die jährliche Steigerung per Erlass festzulegen, ohne Einbeziehung des Parlaments. Dies missfiel BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dennoch sperre sich die Fraktion nicht gegen das „wichtige Vorhaben“. Die AfD betrachtete das Gesetz als ersten Schritt, denn der Landesanteil von 54,5 Prozent gehöre auch auf den Prüfstand. Dazu sei ein Gutachten in Arbeit, ließ DIE LINKE wissen. Trotz einstimmiger Verabschiedung im Interesse der Sache, gab es erhebliche Kritik der Opposition an der Verfahrensweise der Regierungskoalition. Den aufgebauten Zeitdruck, um ein Gesetz in der laufenden Sitzungswoche zu verabschieden, hielt die CDU für „unredlich“. Die FDP mahnte die Regierungsfractionen, nicht mit so einem „Chaos“ weiterzumachen, denn „verantwortungsvolle Politik sieht anders aus“. Die SPD gab zu, dass die Beschwerde am Verfahren nicht ganz unbegründet sei, verwehrte sich aber gegen die Diffamierung der Beitragsfreiheit als Wahlgeschenk. Innenminister Christian Pegel (SPD) zeigte Verständnis für den Unmut am verkürzten Gesetzgebungsverfahren und dankte der Opposition für die Kooperationsbereitschaft.

*Erste Lesung Drucksache 8/1097*

*Beschluss: Überweisung an Bildungsausschuss (f), Finanzausschuss (m)*

*Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung und Kindertagesförderung*

*Drucksache 8/1101*

*Beschluss: einstimmige Annahme*

*Zweite Lesung Drucksache 8/1097*

*Beschluss: einstimmige Annahme des Gesetzentwurfes entsprechend der Beschlussempfehlung*

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 06.07.2022

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/536	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Ministerpräsidentin oder des Ministerpräsidenten und der Ministerinnen und Minister des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesministergesetz – LMinG)	-	1. Lesung: 18.05.2022  Ablehnung der Überweisung
8/737	LReg.	Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 29.06.2022 in Beratung
8/756	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes an verfassungsgerichtliche Vorgaben und weitere bundesrechtliche Anforderungen zur Bestandsdatenauskunft	Innenausschuss	1. Lesung: 29.06.2022  in Beratung
8/757	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrags 2021 (Glücksspieländerungs-staatsvertragsgesetz 2021 – GlüÄndStVG 2021 M-V)	Innenausschuss	1. Lesung: 28.06.2022 in Beratung
8/764	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Bundesnaturschutzgesetzes (Naturschutzausführungsgesetz – NatSchAG M-V)	-	1. Lesung: 29.06.2022  Ablehnung der Überweisung
8/772	SPD, DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Anerkennung als Kur- und Erholungsort in Mecklenburg-Vorpommern (Kurortgesetz)	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 28.06.2022  in Beratung

## Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 28., 29. und 30. Juni sowie 1. Juli 2022 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/404	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Feiertagsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern	DIE LINKE, SPD	1. Lesung: 09.03.2022 2. Lesung: 28.06.2022	Annahme
8/410	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Ladenöffnungszeiten für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Ladenöffnungs-gesetz – LöffG M-V)	FDP	1. Lesung: 09.03.2022 2. Lesung: 28.06.2022	Ablehnung
8/599	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022/2023	LReg.	1. Lesung: 25.04.2022 2. Lesung: 30.06.2022	Annahme
8/600	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022/2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023)	LReg.	1. Lesung: 25.04.2022 2. Lesung: 30.06.2022	Annahme
8/610	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungs-gesetzes	LReg.	1. Lesung: 25.04.2022 2. Lesung: 28.06.2022	Annahme
8/622	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Pflegeberufereform im Land Mecklenburg-Vorpommern	LReg.	1. Lesung: 18.05.2022 2. Lesung: 28.06.2022	Annahme
8/643	Entwurf eines Gesetzes über die Entsorgung von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Schiffsabfall-entsorgungsgesetz – SchAbfEntG M-V)	LReg.	1. Lesung: 18.05.2022 2. Lesung: 28.06.2022	Annahme
8/1097	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kindertagesförderungs-gesetzes Mecklenburg-Vorpommern (Kindertagesförderungs-gesetz – KiföG M-V)	DIE LINKE, SPD	1. Lesung: 29.06.2022 2. Lesung: 01.07.2022	Annahme

Fotos: Uwe Sinnecker



v.l.n.r.: Barbara Becker-Hornickel (FDP), Petra Federau (AfD), Daniel Peters (CDU), Thomas de Jesus Fernandes (Ausschussvorsitzender, AfD), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Landtagspräsidentin Birgit Hesse, Bernd Lange (SPD), Torsten Koplín (stellv. Vorsitzender, DIE LINKE), Mandy Pfeiffer (SPD), Tilo Gundlack (SPD), Beatrix Hegenkötter (SPD)



Vorsitzender: Thomas de Jesus Fernandes (AfD)

**Vorsitzender:** Thomas de Jesus Fernandes (AfD)  
**Stellv. Vorsitzender:** Torsten Koplín (DIE LINKE)

	ordentliche Mitglieder:	stellvertretende Mitglieder:
SPD	Gundlack, Tilo Hegenkötter, Beatrix Lange, Bernd Pfeifer, Mandy	Albrecht, Rainer Brade, Christian Klingohr, Christine Stamer, Dirk
AfD	de Jesus Fernandes, Thomas	Federau, Petra
CDU	Peters, Daniel	Renz, Torsten
DIE LINKE	Koplín, Torsten	Pulz-Debler, Steffi
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Dr. Terpe, Harald	Shepley, Anne Oehrich, Constanze Wegner, Jutta Damm, Hannes
FDP	Becker-Hornickel, Barbara	Enseleit, Sabine

## 2. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss konstituiert

■ **Parlamentarischer Untersuchungsausschuss (PUA) zur Klärung von Vorgängen vor allem im Bereich des Bildungsministeriums zu Fragen der medizinischen Versorgung, insbesondere im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik**

Der 2. Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Klärung von Vorgängen vor allem im Bereich des Bildungsminis-

teriums zu Fragen der medizinischen Versorgung, insbesondere im Verantwortungsbereich der Universitätsklinik, beleuchtet das Verhalten der Landesregierung im Umgang mit den Universitätsklinik Greifswald und Rostock, ihrer sachlichen und personellen Ausstattung, ihrer Organisationsstrukturen und der baulichen Planung hinsichtlich der Gewährleistung des Versorgungsauftrages als Maximalversorger der medizi-

nischen Versorgung sowie der Aus- und Weiterbildung ihres medizinischen Fachpersonals und prüft die Verwendung von Landesmitteln sowie die Wahrnehmung der Pflichten des Aufsichtsrates. Dem Untersuchungsausschuss ist aufgegeben, auf Grundlage seiner Erkenntnisse Empfehlungen zur sachlichen, personellen, organisatorischen und baulichen Strukturentwicklung zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Universitätsmedizin des Landes Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen und möglichen gesetzgeberischen Handlungsbedarf aufzuzeigen.



Fotos: Uwe Sinnecker

v.l.n.r.: Michael Meister (AfD), René Domke (FDP), Sebastian Ehlers (Ausschussvorsitzender, CDU), Thomas Krüger (SPD), Julian Barlen (SPD), Hannes Damm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Philipp da Cunha (stellv. Vorsitzender, SPD), Michael Noetzel (DIE LINKE), Tilo Gundlack (SPD), 2. Vizepräsidentin des Landtages Elke-Annette Schmidt

**Vorsitzender:** Sebastian Ehlers (CDU)  
**Stellv. Vorsitzender:** Philipp da Cunha (SPD)

	ordentliche Mitglieder:	stellvertretende Mitglieder:
SPD	Barlen, Julian da Cunha, Philipp Gundlack, Tilo Krüger, Thomas	Beitz, Falko Julitz, Nadine Tegtmeier, Martina Winter, Christian
AfD	Meister, Michael	Kramer, Nikolaus
CDU	Ehlers, Sebastian	Schlupp, Beate
DIE LINKE	Noetzel, Michael	Koplin, Torsten
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Damm, Hannes	Oehlich, Constanze Shepley, Anne Dr. Terpe, Harald Wegner, Jutta
FDP	Domke, René	van Baal, Sandy



Vorsitzender: Sebastian Ehlers CDU

### 3. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss konstituiert

**■ Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Stiftung Klima- und Umweltschutz MV**

Mit dem „Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung von Vorgängen und Entscheidungen rund um die ‚Stiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern für Klimaschutz und Bewahrung der Natur – Stiftung Klima- und Umweltschutz MV‘, insbesondere im Hinblick auf die Fertigstellung der Pipeline Nord Stream 2“ wurde der dritte PUA der 8. Wahlperiode konstituiert. Die 2. Vizepräsidentin des Landtages,

Elke-Annette Schmidt, eröffnete die erste Sitzung des Gremiums im Plenarsaal und übergab dann die Sitzungsleitung an den Ausschussvorsitzenden Sebastian Ehlers von der CDU-Fraktion.



v.l.n.r.: Abg. Jens-Holger Schneider (AfD), Abg. Stephan J. Reuken (AfD), Abg. Barbara Becker-Hornickel (FDP), Abg. Christiane Berg (CDU), Abg. Dirk Stamer (SPD), Abg. Dr. Anna-Konstanze Schröder (SPD), Vors. Thomas Krüger (SPD), Abg. Nils Saemann (SPD), Abg. Eva-Maria Kröger (DIE LINKE), Abg. Marcel Falk (SPD), Abg. Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Abg. Thomas Diener (CDU), Abg. Thomas Würdisch (SPD) Foto: Landtag MV

## Eine Adresse für Beschwerden

Der Petitionsausschuss kümmert sich, wenn Bürgerinnen und Bürger Unrecht empfinden

■ Müll, der nicht mehr vor der Haustür abgefahren wird. Eine Privatperson, die eine Ringstraße kauft und von den Anwohnern Geld für die Nutzung verlangt. Eine seltene Krankheit, die zu extremer Erschöpfung und ständigen Schmerzen führt. Das sind drei Beispiele, in denen Bürgerinnen und Bürger aktuell Hilfe beim Petitionsausschuss suchen. Sie machen damit von einem Recht Gebrauch, das jeder Person zusteht. Und Anliegen in den Landtag trägt.

Thomas Krüger (SPD) und seine zwölf Mitstreiterinnen und Mitstreiter – für viele Menschen sind sie eine wichtige Anlaufstelle, wenn sie allein nicht

mehr weiterkommen. Bei Behörden. In Streitfällen. Bei tatsächlichem und gefühltem Unrecht. Die 13 Abgeordneten stammen aus allen Fraktionen des Landtags und bilden gemeinsam den Petitionsausschuss. Seine Aufgabe ist es, von Bürgerinnen und Bürgern empfundenes Unrecht zu untersuchen. „Kein anderer Ausschuss hat so viel Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern wie der Petitionsausschuss“, sagt dessen Vorsitzender Thomas Krüger.

Sich mit einem Anliegen an den Ausschuss zu wenden, steht laut Landesverfassung (Artikel 10) jedem Bürger und jeder Bürgerin zu. Ganz gleich ob Frau, Mann, Kind. Ausländischer Mitbürger oder ausländische Mitbürgerin. Einzel-

person oder Gemeinschaft. Aus MV oder einem anderen Bundesland. „Die Anforderungen an eine Petition sind nicht sehr hoch. Im Grunde müssen nur vier Punkte gewahrt werden: Sie muss ein klares Anliegen zum Ausdruck bringen, schriftlich eingereicht werden, einen Absender enthalten und unterschrieben sein“, erläutert Telse Berckemeyer. Sie leitet das Ausschusssekretariat. Jene Abteilung in der Landesverwaltung, die die Arbeit des Ausschusses organisatorisch und fachlich unterstützt – und in der eine Petition zuerst ankommt, ganz gleich ob sie per Post oder über das Online-Formular eingereicht wird.

## Alle Seiten erhalten Gehör

Betrifft das Anliegen die Landesregierung? Eine Landesbehörde? Landesrecht? Das zu prüfen, damit fängt die Arbeit von Telse Berckemeyer und ihrem sechsköpfigen Sekretariats-Team an. Denn: „Nur dann können wir tätig werden.“ Wenn sie ein Petitionsverfahren einleiten, bitten sie im nächsten Schritt die zuständigen Ministerien oder Behörden um eine Stellungnahme – auf die die Petenten dann wiederum reagieren können. Nicht selten wandert die Argumentationskette mehrfach hin und her. Manchmal ist es auch nötig, Akten anzufordern oder Regierungsvertreter:innen anzuhören. Oder sich vor Ort selbst ein Bild zu machen. So, wie kürzlich in der Nähe von Crivitz.

Dort fährt der Abfallentsorger nach vielen Jahren ein Grundstück nicht mehr an, weil der LKW nicht regelkonform wenden kann. „Der Petent, über 80 Jahre alt, soll seinen Hausmüll nun 500 Meter weit bis zum nächsten Abholpunkt

bringen“, skizziert Thomas Krüger den Sachverhalt. „In einem gemeinsamen Gespräch zwischen dem Petenten, dem Amt und dem Abfallentsorger haben wir erreicht, dass jetzt mehrere Varianten geprüft werden, wie der Müll in Zukunft wieder abgefahren werden kann.“

## Enge Abstimmungen

Neben dem Petitionsausschuss können Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen auch an den Bürgerbeauftragten herantragen. Um zu vermeiden, dass beide Institutionen mit doppeltem Aufwand am selben Sachverhalt arbeiten, gleichen sie ihre Petitionen regelmäßig ab und entscheiden dann, wer es federführend weiterbetreut. Ein Beispiel dafür ist der Streit um eine Ringstraße in Elmenhorst/Lichtenhagen. Sie liegt in einem Wohngebiet, ist dessen einzige Zufahrt. Als das Baugebiet erschlossen wird, befindet sie sich im Eigentum des Bauträgers, später soll sie an die Gemeinde übertragen werden. Dazu kommt es aber nicht. Eines

Tages wird die Baugesellschaft aufgelöst. Eine Privatperson kauft die Ringstraße – und verlangt von den Anwohnern Geld für die Nutzung. Seit mehreren Jahren ringen Bürgerbeauftragter und Petitionsausschuss um eine Lösung. Nach einem Vor-Ort-Termin im Mai zeigt sich Thomas Krüger optimistisch, einen Weg für eine öffentliche Nutzung zu finden. Im Raum stünden zwei Möglichkeiten, die nun genauer geprüft würden.

Petitionen zu bearbeiten, bedeutet für das Ausschussesekretariat auch, eine Menge Akten zu bewegen. Digital und in Papierform. In den neun Jahren, in denen Telse Berckemeyer hier arbeitet, gab es kein Ministerium und keinen Landkreis, mit dem sie noch nicht zu tun hatte. Allein im vergangenen Jahr gingen 367 Petitionen bei ihr ein. In diesem Jahr sind es bislang rund 160 „Jede einzelne Petition, die in unsere Zuständigkeit fällt, wird auch bearbeitet.“ Ob sie von einer einzelnen Person oder von vielen Menschen unterzeichnet wurde, macht dabei keinen Unterschied.

## Drei Fragen an: Thomas Krüger, Vorsitzender des Petitionsausschusses



Thomas Krüger, SPD

Foto: Uwe Sinnecker

**Herr Krüger, Sie sind seit 2011 Landtagsabgeordneter, haben bereits in verschiedenen Ausschüssen mitgearbeitet. Wie unterscheidet sich die Arbeit im Petitionsausschuss von anderen Fachausschüssen?**

Thomas Krüger: „Ein wesentlicher Unterschied ist, dass nicht der Landtag Themen – zum Beispiel im Zuge einer Gesetzesinitiative – zur Beratung an uns verweist. Unsere Arbeitsgrundlage sind Sachverhalte, die von Bürgerinnen und Bürgern an uns herangetragen werden. Und das ressortübergreifend. Anders als in anderen Ausschüssen, arbeiten wir als Mitglieder fraktionsübergreifend sehr eng miteinander. Ob jemand einer Regierungsfraktion angehört oder einer Fraktion aus der Opposition spielt eine viel untergeordnetere Rolle. All das macht die Arbeit im Petitionsausschuss sehr spannend.“

**Geht es am Ende per se darum, jedem Petenten Recht zu geben?**

Thomas Krüger: „Das Schönste ist natürlich, wenn man einem Anliegen in vollem Umfang entsprechen kann.

Manchmal ist es aber auch schon ein Mehrwert, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, damit sie miteinander sprechen. Wenn am Ende ein gutes Ergebnis herauskommt, umso besser. Eine Garantie oder einen Anspruch darauf gibt es aber nicht.“

**Gesetzesvorlagen, die bis zum Ende einer Legislaturperiode nicht beschlossen werden, verfallen. Wie ist das bei Petitionsverfahren?**

Thomas Krüger: „Für Petitionen gilt das Prinzip der Diskontinuität nicht: Sie werden in der neuen Legislaturperiode weitergeführt, müssen also nicht neu eingereicht werden. Der neue Petitionsausschuss führt die Arbeit seines Vorgängers fort – in der Regel allerdings in neuer Besetzung.“

## Anstoß für politische Initiativen

Oft lassen sich Petitionen innerhalb weniger Wochen oder Monate abschließen. Manchmal dauert das Verfahren aber auch Jahre. Im Ergebnis kann ein Petitionsverfahren dazu führen, dass Behörden Entscheidungen widerrufen oder Kompromisse gefunden werden, alles bleibt wie es ist oder die Petition zum Beispiel an die Landesregierung überwiesen wird. Zudem ist der Petitionsausschuss verpflichtet, dem Landtag zu den behandelten Petitionen Beschlüsse in Form von Sammelübersichten sowie einen Bericht vorzulegen.

Mit dem Petitionsrecht steht also nicht nur Bürgerinnen und Bürgern ein direkter Weg zum Parlament offen: Umgekehrt erhalten auch die Abgeordneten einen Eindruck davon, was die Menschen bewegt – aus dem sie dann wiederum parlamentarische Initiativen ableiten können. Als Beispiel verweist Thomas Krüger auf eine Petition, die bundesweit bei Landtagen sowie beim Bundestag eingereicht wurde und in der es um die Myalgische Enzephalomyelitis bzw. das Chronische Fatigue Syndrom geht. Eine neuroimmunologische Krankheit, die zu extremer Erschöpfung und ständigen Schmerzen

führt, verstärkt im Zusammenhang mit Long Covid auftritt und bislang nur wenig erforscht ist. Der Petitionsausschuss hat Betroffene und Sachverständige zu einer Anhörung eingeladen – und sieht im Ergebnis dringenden Bedarf, die Versorgungsstruktur für Patienten zu verbessern. Er hat die Petition deshalb sowohl an die Landesregierung als auch an alle Fraktionen überwiesen. „Ich freue mich, dass die Fraktionen das Thema aufgegriffen und signalisiert haben, sich fraktionsübergreifend über eine parlamentarische Initiative zu verständigen.“

Der Ausschussvorsitzende ermutigt Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich, von ihrem Petitionsrecht Gebrauch zu machen und betont, dass eine Petition nicht zwingend eine Beschwerde sein muss. Sie könne auch Anregungen oder Vorschläge enthalten. „Aus meiner Sicht gibt es für Bürgerinnen und Bürger keine einfachere und bessere Möglichkeit, auf Ebene des Landtags aktiv zu werden als mit einer Petition.“



### Gut zu wissen

#### Wie erreiche ich den Petitionsausschuss?

Eine Petition kann per Post oder elektronisch eingereicht werden. Die Postadresse lautet: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Petitionsausschuss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin. Das Online-Formular ist auf der Internetseite des Landtags abrufbar: [www.petition.landtag-mv.de/petition/elektronisch-uebermittelte-petition](http://www.petition.landtag-mv.de/petition/elektronisch-uebermittelte-petition).

#### Wofür ist der Petitionsausschuss zuständig und wofür nicht?

Er kann helfen, wenn sich die beanstandeten Sachverhalte auf Entscheidungen der Landesregierung, von Behörden oder auf landesgesetzliche Regelungen beziehen. Eingaben, für deren Bearbeitung er nicht zuständig ist, leitet er unverzüglich an die zuständige Stelle weiter. Nicht tätig werden kann er bei privatrechtlichen Auseinandersetzungen oder gerichtlichen Entscheidungen.

#### Wo kann ich mich über den Ausschuss und seine Arbeit informieren?

Im Internet unter [www.landtag-mv.de/petition](http://www.landtag-mv.de/petition)

## Beteiligungsprozess

Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ konzipiert Beteiligungsprozess #mitmischenMV für junge Menschen im Land

**In ihrer 2. Sitzung am 24. Juni 2022 hat die Enquete-Kommission die Anforderungen an den begleitenden Beteiligungsprozess konkretisiert. Umgesetzt wird dieser als #mitmischenMV.**

Mit dem Einsetzungsbeschluss vom 27.01.2022 legte der Landtag die Einsetzung der Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ fest. Damit hat der Landtag entschieden, die Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Land und die zukünftigen Herausforderungen zur Erreichung einer Chancengerechtigkeit der jungen Generationen durch Beseitigung struktureller Defizite zu beleuchten.

Gemäß Beschluss sollen dazu junge Menschen aktiv in den Prozess einbezogen werden. Die Kommission hat nun Anforderungen an diesen Beteiligungsprozess formuliert, ihn mit einer Wortmarke versehen und die Realisierung unter Nutzung eines jungen Erscheinungsbildes beschlossen. So sollen Kin-



der, Jugendliche und junge Erwachsene den #mitmischenMV künftig analog und digital wahrnehmen können und ihre Perspektive zur Gegenwart und Zukunft von „Jung sein in M-V“ aktiv einbringen. Mithilfe von Kooperationspartnern aus dem Gemeinwesen vor Ort werden Erhebungen, Austausch und Diskussionen sowie Ideenentwicklungen in verschiedensten methodischen Formaten ermöglicht, um schließlich ein Kinder- und Jugendgutachten entstehen zu lassen, das in die Kommissionsarbeit einfließt.



## 1000 Jahre in 90 Minuten

### Schlossführungen – eine kurzweilige Reise durch die Zeit

■ Warum sieht das Schweriner Schloss dem Schloss Chambord in Frankreich so ähnlich? Weshalb blickt vom Hauptportal Fürst Niklot mit seinem Pferd herab? Und welches Detail unterscheidet die beiden Hauptportaltürme voneinander? Wer sich bei einer Schlossführung auf eine Reise durch die Zeit begibt, wird um viele Geschichten zur Geschichte reicher – und blickt auch hinter nicht öffentliche Kulissen.

Versprochen ist versprochen, und wird nicht gebrochen. Wer kennt diesen Spruch nicht aus Kindheitstagen? Hätte sich Friedrich Franz II. daran gehalten, würde das Schloss ganz woanders stehen. Nämlich da, wo sein Vater, Großherzog Paul Friedrich, bereits den Grundstein dafür gelegt hat: schräg gegenüber, auf dem Alten Garten. Da, wo heute das Staatliche Museum steht.

Das weltbekannte Schloss an einer anderen Stelle? Norbert Riebe weiß für staunende Blicke zu sorgen. Er ist einer von rund 25 Schlossführern und Schlossführerinnen, die Besucherinnen und Besucher durch das geschichtsträchtige Gebäude führen. An diesem Tag sind es Frauen und Männer der Techniker Krankenkasse in Schwerin.

#### Serie: Wege ins Schloss

Die Burggarten-Insel und das Schweriner Schloss begeistern Einheimische und Touristen. In einer Serie stellen wir in den nächsten Ausgaben die drei Führungen vor, mit denen Schloss, Landtag und Burggarten entdeckt werden können.

Heute: die Schlossführung.

Norbert Riebe steht mit seiner Gruppe im Schlossinnenhof. Und im Jahr 1842, fünf Jahre ist es her, seit Großherzog Paul Friedrich die Residenz von Ludwigslust nach Schwerin zurückverlegt hat. Er plant etliche Bauvorhaben, auch ein neues Schloss. Als der Großherzog schwer erkrankt, ringt er seinem Sohn das Versprechen ab, es zu Ende zu bauen. Der Grundstein nach Plänen von Hofbaumeister Georg Adolph Demmler liegt acht Tage, da stirbt Paul Friedrich. Und Friedrich Franz II., nun Großherzog, bricht sein Wort: Er beauftragt Demmler, kein neues Schloss zu bauen, sondern das in die Jahre gekommene Gebäude auf der Schlossinsel tiefgreifend umzugestalten. „Die ersten beiden Entwürfe zerriss der Großherzog mit Rückendeckung seines Onkels, Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV., in der Luft“, erzählt Norbert Riebe. Friedrich Franz II. schickt Demmler auf



Fotos: Landtag MV

Schlossführer Norbert Riebe erklärt seinen Gästen, dass das historische Gelände den heutigen Sicherheitsanforderungen nicht genügt und daher eine Absturzsicherung aus Holz montiert wurde.

Bildungsreise nach England und Frankreich. Im Schloss Chambord findet der Hofbaumeister eine Quelle der Inspiration.

### Jedes Detail erzählt eine Geschichte

Im Schloss, auf den Spuren der Geschichte zu wandeln, ist ein Angebot, das jede Besucherin und jeder Besucher nach vorheriger Anmeldung in Anspruch nehmen kann – und das rege in Anspruch genommen wird. Vor Corona zählte das für Besucherdienste zuständige Referat knapp 500 Schlossführungen im Jahr. Nach dem Wegfall der Pandemie bedingten Einschränkungen nehme die Nachfrage nun wieder stetig zu.



In diesem historischen Raum tagt der Ältestenrat.



Das Reiterstandbild des Slavenfürsten Niklot ist weithin sichtbar. So nah kommt man ihm nur bei einer Schlossführung.



Eine schmale Wendeltreppe führt hinauf in die goldene Kuppel des Schweriner Schlosses.

Norbert Riebe ist mit seinen Gästen schon ein gutes Stück durch die Zeit gereist. Ins Jahr 942, zu den ersten Zeugnissen eines slawischen Burgwalls. Zu Heinrich dem Löwen, der 1160 Schwerin gründet und die von Obotritenfürst Niklot zerstörte Burg wieder aufbaut. Und zu Herzog Johann Albrecht I., der die Burg im 16. Jahrhundert hier, „auf dem schönsten Wassergrundstück der Stadt“, zum Schloss ausbaut. Er hat den Blick auf die Figuren und Ornamente an der Hoffassade gelenkt. Und auf Demmlers Büste neben der weißen Marmortreppe im Erdgeschoss. „Hätte er das Schloss weiter bauen dürfen, würde es heute am Haupteingang ganz anders aussehen.“ Als Sympathisant der Revolution von 1848/49 habe Demmler jedoch den Staatsdienst verlassen müssen. Friedrich August Stüler übernahm. „Er hat Demmlers Rohbau abreißen lassen und durch ein neues Stadtportal ersetzt.“

## Der Ältestenrat ist keine Frage des Alters

Die Gruppe erreicht das 2. Obergeschoss, Raum 259. Einst diente er als Warteraum für die gegenüberliegende Königswohnung. Heute tagt hier der Ältestenrat. Er besteht aus der Landtagspräsidentin, den Vizepräsidentinnen und je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Fraktionen. Meistens sind das die Parlamentarischen Geschäftsführer:innen, sowie der Direktor des Landtages und Mitarbeiter:innen

der Landtagsverwaltung. Anders als der Name suggeriert, müssen seine Mitglieder kein bestimmtes Alter erreicht haben. Der Name rührt daher, dass die Aufgaben des Gremiums viel parlamentarische Erfahrung erfordern – und damit Abgeordnete, die das Geschäft im Parlament gut kennen. Gemeinsam beraten sie zum Beispiel darüber, in welcher Reihenfolge Themen auf die Tagesordnung der nächsten Landtags-sitzung gesetzt werden, ob es eine Debatte dazu gibt und wenn ja, wie lange.

Der Blick wandert zu den acht raumhohen Säulen. Ihre grünliche Marmorierung ist mehr Schein als Sein. Und vor allem kein Stein – sondern Tapete. Das Besondere: Kanten, an denen die Bahnen zusammenstoßen, sucht das Auge vergeblich. „Das beeindruckt selbst gestandene Handwerker.“

Norbert Riebe lotst die Gäste die nächsten Stufen hinauf zur Niklothalle. Jene Stelle, an der Obotritenfürst Niklot auf seinem Pferd weit in die Stadt hineinblickt. Wieder lenkt der Stadtführer den Blick aufs Detail: Obwohl er nie König war, trägt Niklot eine Krone. Ein Fehler von Bildhauer Christian Genschow, der das Reiterstandbild 1855 schuf? Mitnichten! „Sie symbolisiert den hohen Rang der früheren Herrscher.“ Und das in mehrfacher Hinsicht: Die Obotriten zählten zu den angesehensten Stämmen unter den Wendenvölkern. In die neuere Zeit geblickt, war ein Großherzog die Vorstufe zum Königtum, so

Norbert Riebe. Nicht zu vergessen die königlichen Verbindungen des Herzogshauses. Friedrich Franz II., zum Beispiel, war der Enkel des preußischen Königs Friedrich Wilhelm III. Und warum sitzt ausgerechnet Niklot auf dem Pferd? Der Stammesfürst gilt als „Urvater“ der Mecklenburger Herzöge!

## Lamellen machen den Unterschied

Die Gruppe ist dem Schloss inzwischen aufs Dach gestiegen und draußen, auf einem sicheren Eisensteg, den Türmen ganz nah. 15 sind es an der Zahl. Hinzu kommen 24 Schornsteine und rund 100 schlanke, spitze Türmchen, die zur Verzierung dienen, sogenannte Fialen.

Norbert Riebe öffnet die nächste Tür, deutet auf eine eiserne Wendeltreppe. Wer sich traut, die zwei Damenschuh breiten und keinen Damenschuh tiefen Stufen zu nehmen, steht inmitten der goldenen Kuppel – und in 50 Metern am höchsten Punkt der Führung. Wer findet den Unterschied in den ansonsten identischen Hauptportal-türmen? Der Blick sucht links, der Blick sucht rechts. Die Fenster! In einem Turm haben sie Lamellen. „Dahinter befanden sich einst drei Glocken der Schlosskirche.“

Wie er sich all die Details, Jahreszahlen und Zusammenhänge merkt? Das sei eine Frage der Übung, sagt Norbert Riebe. Seit 20 Jahren führt er Gäste



Die Schlosskirche gilt als die erste protestantische Schlosskirche im deutschen Raum.

durch Schwerin, seit mehr als vier Jahren auch durchs Schloss. „Außerdem lese ich gern und stöbere viel in Bibliotheken und Archiven.“ Jeder Schlossführer und jede Schlossführerin erhält zudem von der Verwaltung einen Ordner mit Informationen zum Haus und seiner Geschichte.

Die Gruppe erreicht einen besonders beliebten Moment der Führung: den Plenarsaal. Da die Abgeordneten gerade nicht tagen, heißt es: Hereinspaziert! Wie steht es sich am Rednerpult? Wie sitzt es sich auf dem Platz der Ministerpräsidentin? Welche Knöpfe kann die Landtagspräsidentin an ihrem Pult drü-

cken? Mit ihren Handys halten die Gäste Eindrücke und Erinnerungen fest.

### Viel Luxus für die Verwandtschaft

Dann erreicht der Rundgang seinen letzten Punkt: die Schlosskirche. Die Idee für den Bau stammt von Herzog Johann Albrecht I. Als sie 1563 geweiht wird, ist sie die erste protestantische Kirche in Mecklenburg. Ähnlich wie das Schloss hat auch sie ein Vorbild: die Kapelle im Torgauer Schloss Hartenfels. Dass sie heute optisch an den Kölner Dom erinnert, ist kein Zufall: Mitte des

19. Jahrhunderts wird sie umgestaltet – von Ernst Friedrich Zwirner, dem Kölner Dombaumeister. Für protestantische Verhältnisse war die Schlosskirche sehr üppig ausgestattet. „Die hohe adelige Verwandtschaft sollte den mecklenburgischen Luxus sehen.“ Das Schloss und seine Kirche harmonieren nicht nur baulich miteinander: „Vor jeder Landtagssitzung gibt es einen ökumenischen Gottesdienst. Hin und wieder halten dann auch Abgeordnete ein paar Worte.“

Anderthalb Stunden lang hat Norbert Riebe sein Wissen zum Schloss in Anekdoten und Geschichten verpackt. Oder wie Besucherin Gabi Griffel sagt: „Geschichte lebendig rübergebracht.“ Ihr Kollege Michael Westphal kennt das Schloss noch aus seiner Zeit als Handwerker: Als Tischler hat er einst so manche Tür hier verbaut. Das Gebäude jetzt einmal aus einer anderen Perspektive zu erleben, sei sehr beeindruckend gewesen. „Vor allem der Gang übers Dach.“ Wie gut, dass Friedrich Franz II. einst sein Versprechen gebrochen hat...

#### Info

Zur goldenen Kuppel hinaufsteigen. Im Plenarsaal Platz nehmen. Hoch oben, neben Niklot und seinem Pferd stehen. Auf dem Hofdamengang entlanggehen. Wer diese Gelegenheiten auch einmal nutzen möchte, kann sich unter 0385/525-2163 oder [schlossfuehrung@landtag-mv.de](mailto:schlossfuehrung@landtag-mv.de) für eine Schlossführung anmelden. Die Rundgänge sind – in Abhängigkeit von parlamentarischen Veranstaltungen – montags bis freitags ab 15.30 Uhr möglich; nach Absprache auch am Wochenende. Weitere Informationen unter: [www.landtag-mv.de/mitmachen/schlossfuehrungen](http://www.landtag-mv.de/mitmachen/schlossfuehrungen)



#### Serie: Wege ins Schloss

Teil 1: Schlossführung  
Teil 2: parlamentarische Führung  
Teil 3: Burggartenführung



Zahlreiche Besucherinnen und Besucher erkundeten zum Tag des offenen Landtages die Schweriner Schlossinsel.

Foto: Udo Tanske

## Neugierige stiegen dem Landtag aufs Dach

Der Tag der offenen Tür zog am 19. Juni rund 15.000 Besucherinnen und Besucher ins Schweriner Schloss

■ Wie Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD). So fühlte sich Hanna, als sie auf dem Stuhl der Landtagspräsidentin thronte. Vor der Siebenjährigen fächer-ten sich die Sitze des Plenarsaals auf im Spalier der sechs Fraktionen. Der Sitzungssaal im Schweriner Schloss war am Tag der offenen Tür bis auf den letzten Abgeordnetenplatz besetzt. Besucherinnen und Besucher aller Altersklassen schoben sich durch die Tischreihen. Kaum erhob sich ein Gast von einem Parlamentariersitz, nahm ein anderer Platz.

Der Fanfarenzug Neustrelitz, Weltmeister seines Fachs, hatte Besucherinnen und Besucher am Morgen ins Schloss gerufen. Nach Jahren der Corona-Pandemie



Landtagspräsidentin Birgit Hesse (li.) eröffnete mit Dörte Graner (r.) den Tag des offenen Landtages.



Großer Andrang herrschte im Plenarsaal, denn wann erhält man schon einmal die Gelegenheit ...



Fotos: Uwe Sinnacker

... vom Präsidium aus die Glocke zu läuten.



Zum Tag des offenen Landtages kommt man mit Politikerinnen und Politikern ins Gespräch, wie hier mit Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.



Traditionell wird zum Tag des offenen Landtages die historische Drehbrücke geöffnet, diesmal durch die 1. Vizepräsidentin des Landtages Beate Schlupp.



Zahlreiche Gäste interessierten sich für den Stand der Baumaßnahme im Bereich des Alten Plenarsaals.



Im Vorhof und im Burggarten des Schweriner Schlosses präsentierten sich die Fraktionen.

öffnete der Landtag am Sonntag, 19. Juni, seine Tore wieder weit. Mehr als 15.000 Neugierige kamen, strömten durch Schlosshof, Flure und Gänge. Sie schauten dem Schloss hinter die Fassade in Gebäudeteile, die Besuchern im Parlamentsalltag gewöhnlich verschlossen bleiben.

„So viel Leben hatten wir seit 2019 nicht mehr im schönsten Landtagsitz Deutschlands. Genießen Sie unser Bühnenprogramm, nehmen Sie auf dem Sitz Ihres Lieblingsabgeordneten Platz und schauen Sie in mein Büro“, begrüßte die Landtagspräsidentin Birgit Hesse die Besucherinnen und Besucher. Die Hausherrin bedauerte, dass niemand ihr Büro betreten dürfe. Allerdings seien bei



Nichtöffentliche Bereiche wie der Teepavillon konnten erkundet werden.

zurückliegenden Tagen der offenen Tür Gegenstände als Souvenirs von ihrem Schreibtisch verschwunden. So spähten Gäste von der Schwelle aus ins Landtagspräsidentinnenbüro, schlängelten sich durch Fraktionsräume und Sitzungssäle der Ausschüsse.

Geduldige Schlossliebhaberinnen und -liebhaber reihten sich in Warteschlangen und ließen sich von Gästeführerinnen gruppieren. In kleinen Chargen besichtigten sie selten geöffnete Nischen des Landtagssitzes. Besucherinnen und Besucher erkundeten den Teepavillon und genossen den Blick über den Schweriner See. Den hatte einst der Mecklenburgische Großherzog für seine Familien- und Privataudienzen präferiert. Der Medaillon- und der Weinlaubsaal ließen die Gäste die Bautätigkeiten am Regierungssitz studieren. Schwindelfreie erklimmen über eine wackelige Treppe das Schlosdach bis hinein in die goldene Kuppel. Belohnt mit einem weiten Blick über die Dächer der Landeshauptstadt und an andere Ufer des Schweriner Sees.

Im Torbereich unter ihnen beantworteten Abgeordnete und Parteimitglieder Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. Sie erzählten von ihrer Arbeit, diskutierten und informierten. Der Schlosinnenhof bot Fraktionsvorsitzenden und Abgeordneten eine Bühne. Der Shantychor „Luv un Lee“, die Bands „Die Guten“ und „ATLAS Revival“ begleiteten den Tag musikalisch.



Fotos: Uwe Sinnacker

Für ausgelassene Stimmung sorgte der Fanfarenzug Neustrelitz.



Als „Magic Felix“ überraschte Zauberer Felix Jenzowsky das Publikum.



Auch die Medienpartner SVZ, NDR, ZDF und Ostseewelle sorgten wie die Vereine und Verbände der Aktion "WIR - Erfolg braucht Vielfalt" für ein buntes Rahmenprogramm.

Hanna bewunderte die Cheerleader der Mecklenburg Bulls und ließ sich von der Show „Felix Jenzowsky“ verzaubern. Für sie war es „ein wunderbarer Tag in ihrem Schloss“.

Buntes Treiben im Vorhof des Schweriner Schlosses.



Die Abgeordneten Julian Barlen (SPD), René Domke (FDP), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Thore Stein (AfD) und Franz-Robert Liskow (CDU) im Gespräch mit Dörte Graner.

## Bürger im Dialog mit Politikerinnen und Politikern

Tag der offenen Tür im Landtag MV: Fraktionen beziehen Stellung und beantworten Fragen von Bürgerinnen und Bürgern

■ Unterschiedliche Meinungen und Vielstimmigkeit – sechs Fraktionsvorsitzende haben am 19. Juni eine Art Talkshow im Innenhof des Schweriner Schlosses geboten. Sie sprachen über Mobilität, erneuerbare Energien, Digitalisierung, Bürokratieabbau, innere Sicherheit und die Situation in der Ukraine. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern hatte zum Tag der offenen Tür geladen – dem ersten nach der Corona-Pandemie. Rund 15.000 Besucherinnen und Besucher aus allen Landesteilen strömten in den wohl schönsten Parlamentssitz Deutschlands.

### Themen, die Bürgerinnen und Bürger umtreiben

Im Schloss-Entrée standen die Informationsstände der Fraktionen Spalier. Hier diskutierten Abgeordnete und Parteizugehörige drängende Themen mit interessierten Landtagsgästen.

Was tut die Landespolitik gegen steigende Energiepreise? Wie unterstützt die Regierung sozial Schwache in den gefühlten Zeiten der Unsicherheit? Warum sind einige Gemeinden so schlecht ins Nahverkehrsnetz eingebunden? Wie wollen Abgeordnete den Fachkräftemangel beheben und die Teilhabe der jüngeren und älteren Generationen besonders im Flächenland absichern?

Am Stand der Partei DIE LINKE fragte ein 11-Jähriger die Fraktionsvorsitzende, Jeannine Rösler, wie alt er sein müsse, um sich in Jugendorganisationen politisch zu engagieren. „Der Junge beeindruckte uns mit seinem Wissen. Zum Beispiel wusste er, dass Simone Oldenburg von den Linken unsere Bildungsministerin ist und dass sie in der vorangegangenen Legislaturperiode Fraktionsvorsitzende gewesen war. Er kannte jede Ministerin und jeden Minister und interessierte sich besonders für die Themen Kinder, Jugend, Schule und Familie“, berichtete Jeannine Rösler auf der Bühne im Schlossinnenhof.

Diese direkten Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern ließen Partei- und Fraktionsmitglieder spüren, welche Themen die Menschen im Nordosten umtreiben. Was Familien bewegt oder stillstehen lässt. Warum sich ältere Menschen öfter abgehängt fühlen. Welche Impulse die gefühlte soziale Ungleichheit auslöst. Und warum das Sicherheitsgefühl mancher Bürgerinnen und Bürger schwindet. Auf der Bühne im Schlossinnenhof beantwortete das Sextett darüber hinaus Fragen aus dem Auditorium und sprach die brisantesten Themen an.

## Inflation und Preissteigerung

Die gestiegenen Energiekosten, die anhaltenden unsteten Waren- und Produktionsketten und die unruhige politische Situation in der Ukraine lassen Inflation und Preise steigen. Diese Sorgen trugen Wählerinnen und Wähler an **Thore Stein**, den parlamentarischen Geschäftsführer der AfD, heran, wie er berichtet. „Diese Themen belasten die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern stark. Sie erwarten von der Politik nachhaltige und langfristige Lösungen“ Bildung und Chancengleichheit. Nach langen Jahren in der Opposition regiert DIE LINKE nun gemeinsam mit der SPD. In ihrer neuen Rolle widmet sich die Partei besonders dem Bildungssektor, auch weil die Partei mit **Simone Oldenburg** die derzeitige Bildungsministerin stellt. „Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen. Gute Bildung und bestmögliche Förderung von Anfang an sind das A und O. Dafür setzen wir uns ein“, sagt **Jeannine Rösler**, LINKE-Fraktionsvorsitzende, einzige Frau in der Gesprächsrunde und seit 11 Jahren im Landtag.

## Erneuerbare Energien

Wer Mecklenburg-Vorpommern auf der Autobahn durchquert, sieht zahlreiche drehende Windräder. „Entlang der Autobahnen sind die meisten Gebiete für Windkraft ausgewiesen. Dahinter verbirgt sich der in meinen Augen vernünftige Gedanke, die erneuerbaren Energien weiter auszubauen. Die Re-



v.l.n.r.: Julian Barlen (SPD), René Domke (FDP), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Jeannine Rösler (DIE LINKE) und Dörte Graner (Moderation)



v.l.n.r.: René Domke (FDP), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Dörte Graner (Moderation)

gierungskoalition setzt auf Wasserstoff, der allerdings ebenso mit Energie hergestellt werden muss. Wenn wir diesen nun mit erneuerbaren Energien gewinnen wollen, müssen wir die Produktion allein in MV verdreifachen. Dazu müssen wir die Leistung, die Anzahl der Anlagen erhöhen oder stärker auf Photovoltaik setzen. Auf dem Gebiet der Solarenergie könnten wir schon viel weiter sein. Das hätte uns in unserer aktuellen Situation und der Frage nach der Energieversorgung geholfen“ sagt BÜNDNIS 90/Die Grünen-Fraktionschef **Harald Terpe**. Thore Stein von der AfD sieht das kritisch: „Was da auf Mecklenburg-Vorpommern zukommt, haben die meisten noch gar nicht begriffen: Ein massiver Ausbau an Land und auch Offshore.“



Julian Barlen (SPD) im Gespräch mit Dörte Graner (Moderation)



v.l.n.r.: Thore Stein (AfD) und Franz-Robert Liskow (CDU)



v.l.n.r.: Julian Barlen (SPD), René Domke (FDP), Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dörte Graner (Moderation), Thore Stein (AfD) und Franz-Robert Liskow (CDU)

## Mobilität

Im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern ist der öffentliche Nahverkehr essenziell. Das gilt für Kinder auf dem Land, die ihre Schule, ihren Sportverein oder ihre Freunde erreichen wollen, ohne auf Mutti und Vati angewiesen zu sein. Genauso wie für alteingesessene und ältere Bürgerinnen und Bürger in den Dörfern, die nicht mehr Auto fahren und sich eine Taxifahrt nicht leisten können. Um allen Teilhabe zu ermöglichen, braucht es ein intelligentes und gut ausgebautes Nahverkehrssystem, erklärt **Harald Terpe**. Der Fraktionschef der Grünen sagt: „Alle brauchen den gleichen Zugang zur Mobilität. Auf diesem Gebiet kann besonders die ältere Generation benachteiligt sein.“

Eine Lösung sieht er in einem günstigen Ticket, das über Kreisgrenzen hinaus gültig ist. Dazu regte ihn eine Gruppe älterer Damen aus Neubrandenburg an, mit denen er am Parteienstand der Grünen ins Gespräch kam. Sie waren mit dem 9-Euro-Ticket zum Tag der offenen Tür nach Schwerin gereist und lobten die Vorteile gegenüber dem Seniorenticket für 365 Euro, das die Regierungskoalition plant. „Die Seniorinnen berichteten, sie würden lieber ein Ticket für eine einmalige Fahrt zu einem geringen Preis lösen können als gleich ein Jahresticket. „Da liegt noch eine Menge Arbeit vor uns“, so der Abgeordnete.

## Bürokratie

Die Ämtermühlen mahlen zu langsam. Dieser Eindruck hält sich bei vielen Bürgerinnen und Bürgern. „Alle Parteien versprechen Besserung, aber keine schafft es“ erklärte ein Zuhörer aus dem Publikum. **René Domke** von der FDP, die nach zehn Jahren wieder den Sprung ins Parlament schaffte, gab ihm recht: „Angesichts der Situation in der Ukraine ist das vielleicht gerade nicht das drängendste Thema, dennoch fühlen sich viele Menschen ausgegrenzt und drängen auf Reform. Wir sind noch weit weg von dem Staat, den wir uns wünschen. Bürgerinnen und Bürger müssten Dinge leichter verstehen, um mehr mitmachen zu können.“

Bei der Vereinfachung darf die Rechtmäßigkeit der Prozesse allerdings nicht vernachlässigt werden, wie **Julian Barlen** von der SPD, meint. „Die Menschen müssen sich darauf verlassen können – möglichst sofort und ohne Aufwand. Das darf natürlich nicht in einem unüberschaubaren Wust aus Papierbergen enden. Daran müssen kleine Gemeinden, Landkreise und das Land arbeiten.“

## Digitalisierung

Für den Abbau der Bürokratie sehen Politiker aller Fraktionen die Digitalisierung als entscheidenden Schlüssel, zum Beispiel bei der Ausstellung von Ausweisen

für Anwohnerparken und Renten. Die dafür notwendigen Breitband- und Mobilfunknetze sind in Mecklenburg-Vorpommern allerdings noch sehr lückig. Dabei fördert die Bundesregierung den Ausbau mit enormen Summen.

„Wir haben beim Bund so viel Fördermittel wie kaum ein anderes Bundesland für den Breitbandausbau, also das schnelle Internet aus der Leitung, erworben. Das müssen wir jetzt gemeinsam mit Landkreisen und Gemeinden verbuddeln. Breitband und Funkmasten haben bei unserem Minister für Digitalisierung, **Christian Pegel**, eine hohe Priorität. Wo der Markt nicht hinkommt, muss der Staat einspringen und ein gut ausgebautes Netz bereitstellen. Eine Lösung kann eine vom Land gegründete Gesellschaft sein, die den Ausbau in dünnbesiedelten Regionen übernimmt“, sagt **Julian Barlen** von der SPD. Das sei auch wichtig, um mit Bürgerinnen und Bürgern im Dialog zu bleiben. Auch wenn die SPD als größte Fraktion in jedem Wahlkreis des Landes ein Büro unterhalte.

## Zuwanderung

Ein heikles Thema war die Ausländerpolitik der Ampelkoalition in Berlin. Die Regierungskoalition aus SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen und FDP arbeitet an einem neuen Bleiberecht. „Das fordert von Betroffenen nicht straffällig geworden zu sein, eine gute Integration, die Fähigkeit, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und einen mindestens schon fünf Jahre währenden Aufenthalt in Deutschland“ erklärt **Julian Barlen** (SPD). Und Harald Terpe von den Grünen ergänzt: „Wir werden auf Zuwanderung angewiesen sein.“

Widerspruch kam von dem parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion **Thore Stein**, denn das werde die Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht lösen. Außerdem würden die Menschen zunehmend feststellen, dass es auf den Straßen unsicherer werde. Hier kontert **Franz-Robert Liskow**, Fraktionschef der CDU: „Das ist eine gefühlte Unsicherheitslage, die nichts mit dem Flüchtlingsstrom zu tun hat. In den vergangenen Jahren hatten wir viele Flüchtlingswellen. Wir müssen die Leute unterstützen.“



- Am 4. August stand der Innenhof des Schweriner Schlosses ganz unter dem Motto „Schwerin auf dem Weg zum Welterbe“. Landtagspräsidentin Birgit Hesse begrüßte die Gäste zu dieser Informationsveranstaltung über die finale Phase der Bewerbung des „Residenzensemble Schwerin“. Sie würdigte das Engagement der Unterstützerinnen und Unterstützer der Bewerbung.

Die öffentliche Veranstaltung gab Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, sich über den aktuellen Stand der Bewerbung zu informieren. Beschriebenes Ziel ist es, der UNESCO das offizielle Bewerbungsdossier im Frühjahr 2023 zu übergeben. Die jahrelang verfolgte Idee einer «Kulturlandschaft des romantischen Historismus» wurde verworfen. Stattdessen werde nun der Fokus auf ein gewachsenes Residenzensemble mit Bauten aus dem 18., 19. und frühen 20. Jahrhundert gelegt.

Die Entscheidung über die Aufnahme des Residenzensembles in die Welterbeliste wird im Sommer 2024 erwartet. Auf der Unesco-Liste des Weltkulturerbes stehen bislang aus Mecklenburg-Vorpommern die Hansestädte Wismar und Stralsund.

An der Informationsveranstaltung im Schlossinnenhof nahmen unter anderem Schwerins Oberbürgermeister Rico Badenschier, die Welterbekoordinatorin der Landeshauptstadt, Linda Holung, und Kulturstatssekretärin Susanne Bowen teil.

- Am 24. August erinnerte die 2. Vize-Präsidentin Elke-Annette Schmidt im Namen des Landtags gemeinsam mit der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ und dem Filmkunstfest MV an die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen vor 30 Jahren. Zum Auftakt der Veranstaltung blickten Burhan Qurbani (Mitte, Regisseur des Filmes „Wir sind jung. Wir sind stark“), Wolfgang Richter (links, Zeitzeuge und damaliger Ausländerbeauftragter) und Ute Schmidt (i.v.l., Zeitzeugin und Leiterin der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz) moderiert von Bernd Mosebach (rechts, ZDF Studioleniter MV) auf die Geschehnisse vom August 1992 zurück. Im Anschluss lief der Film „Wir sind jung. Wir sind stark“ (2014). Dieser preisgekrönte Film thematisiert am Beispiel einer Gruppe Jugendlicher der Nachwendegeneration die Eskalation und Gewalt am Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen.